

Ergebnisbericht

Sachsen-Monitor 2023

Für die Sächsische Staatskanzlei



Simon Schlinkert | Stefan Krüger | Dr. Susanne Klaus | Dr. Robert Mühle |
Max Voss | Michael Mertes | Reinhard Schlinkert

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH
Konstantinstraße 42
53179 Bonn

Telefon: +49 228 32969-3
E-Mail: bonn@dimap.de



Inhalt

Inhalt.....	3
Abbildungsverzeichnis	5
1 Vorbemerkungen.....	6
1.1 Das veränderte politisch-gesellschaftliche Umfeld.....	6
1.2 Erhebungszeitraum.....	7
1.3 Fallzahlen.....	7
1.4 Weitere Hinweise.....	7
2 Ergebnisse	7
2.1 Zukunftserwartungen.....	7
2.1 Erwartungen für die Zukunft.....	7
2.2. Zukunftserwartungen für Sachsen und die wirtschaftliche Situation im Bundesland	8
2.2 Leben in Sachsen / Deutsche Einheit.....	11
2.2.1 Erreichte Ziele in Sachsen seit der Wiedervereinigung.....	11
2.2.2 Rückblick auf die DDR und die Zeit seit der Wiedervereinigung.....	12
2.3 Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg / Bewertung der pers. Lebensumstände	13
2.3.1 Gerechtigkeit.....	13
2.3.2 Soziale Unterschiede	15
2.3.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit	16
2.3.4 Bewertung der sozialen Mobilität.....	17
2.3.4 Bewertung der persönlichen Lebensumstände.....	19
2.4 Politisches Interesse / Politische Partizipation.....	23
2.4.1 Politisches Interesse.....	23
2.4.2 Politische Partizipation	25
2.5 Zufriedenheit mit der Demokratie / Institutionenvertrauen.....	27
2.5.1 Bewertung der Demokratie	27
2.5.2 Wichtige und erfüllbare Erwartungen an die Demokratie	29
2.5.3 Vertrauen in die Institutionen der Demokratie	29
2.6 Schutz der demokratischen Ordnung / Messung von Ressentiments und Toleranz.....	31
2.6.1 Schutz der demokratischen Ordnung	31
2.6.2 Messung von Ressentiments und Toleranz.....	32
2.7 Mediennutzung und Informationsquellen	34
2.7.1 Glaubwürdigkeit der Medien.....	34
2.7.2 Informationsquellen	35
2.8 Zusatzteil: Verschwörungstheorien.....	36
2.8.1 Aussagen zu Verschwörungstheorien	36
2.9 Zusatzteil: Klimaschutz und gesellschaftlich-sozialer Zusammenhalt.....	37
2.9.1 Berücksichtigung der Interessen von Personengruppen beim Klimaschutz.....	37



2.9.2 Aktivitäten für den Klimaschutz.....	37
3 Fazit.....	38
4 Methodenbericht.....	41
4.1 Stichprobenziehung.....	41
4.1.1 Grundgesamtheit.....	42
4.1.2 Auswahlverfahren.....	42
4.1.3 Schichtung.....	42
4.1.4 Schichtungsmerkmale.....	42
4.1.5 Aufteilung auf die Schichten.....	43
4.1.6 Auswahlstufen.....	43
4.2 Feldarbeit und Interviewereinsatz.....	45
4.2.1 Rahmenbedingungen der Feldarbeit.....	45
4.2.2 Qualitätssicherung und Interviewerkontrolle.....	46
4.3 Datenprüfung, Gewichtung, Tabellierung.....	46



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 – Persönliche Zukunftserwartungen.....	8
Abbildung 2 – Zukunftserwartungen für Sachsen.....	8
Abbildung 3 – Persönliche wirtschaftliche Situation.....	9
Abbildung 4 – Wirtschaftliche Lage in Sachsen.....	9
Abbildung 5 – Aussagen über die Zukunft.....	10
Abbildung 6 – Aussagen zu Sachsen.....	11
Abbildung 7 – Gesprächsthema Friedliche Revolution.....	12
Abbildung 8 – Aussagen zu Ostdeutschland und zur DDR.....	13
Abbildung 9 – Gerechtigkeit in Deutschland.....	14
Abbildung 10 – Gerechter Anteil I.....	14
Abbildung 11 – Gerechter Anteil II.....	15
Abbildung 12 – Auffassungen zu sozialen Unterschieden.....	16
Abbildung 13 – Subjektive Schichtzuordnung.....	16
Abbildung 14 – Chancen für sozialen Aufstieg in Deutschland.....	17
Abbildung 15 – Persönliche Chancen für sozialen Aufstieg.....	18
Abbildung 16 – Chancen der eigenen Kinder für sozialen Aufstieg.....	18
Abbildung 17 – Persönliche Gefahr für sozialen Abstieg.....	19
Abbildung 18 – Vertrauen zu anderen Menschen.....	19
Abbildung 19 – Persönliche Lebensumstände I.....	20
Abbildung 20 – Persönliche Lebensumstände II.....	21
Abbildung 21 – Wichtigste Probleme in Sachsen.....	21
Abbildung 22 – Größte Chance für Sachsen.....	22
Abbildung 23 – Parteipräferenz.....	23
Abbildung 24 – Aussagen zur Demokratie in Deutschland.....	24
Abbildung 25 – Politische Einflussnahme I.....	25
Abbildung 26 – Politische Einflussnahme II.....	25
Abbildung 27 – Aussagen zur direkten Demokratie.....	27
Abbildung 28 – Funktionieren der Demokratie in Deutschland.....	28
Abbildung 29 – Funktionieren der Demokratie in Sachsen.....	29
Abbildung 30 – Wichtige Aspekte für eine Demokratie.....	29
Abbildung 31 – Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen I.....	30
Abbildung 32 – Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen II.....	30
Abbildung 33 – Aussagen zur Demokratie in Deutschland.....	31
Abbildung 34 – Schutz der demokratischen Ordnung.....	32
Abbildung 35 – Aussagen zu Minderheiten.....	33
Abbildung 36 – Aussagen über Antisemitismus.....	34
Abbildung 37 – Aussagen über Deutschland.....	34
Abbildung 38 – Glaubwürdigkeit der Medien.....	35
Abbildung 39 – Informationsquellen über das politische Geschehen.....	35
Abbildung 40 – Aussagen zu Verschwörungstheorien.....	36
Abbildung 41 – Berücksichtigung von Interessen und Standpunkten beim Klimaschutz.....	37
Abbildung 42 – Aktivitäten für den Klimaschutz.....	38



1 Vorbemerkungen

dimap wurde nach den Jahren 2016 bis 2018 sowie 2021/22 auch 2023 von der Sächsischen Staatskanzlei mit der Durchführung einer repräsentativen Face-to-Face-Befragung mittels CAPI (Computer-Assisted Personal Interviews) im Rahmen einer wiederkehrenden Befragung über Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung beauftragt.

Begleitet wird die Studie von einem mehrköpfigen Beirat, der sich aus Vertretern der Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzt.

1.1 Das veränderte politisch-gesellschaftliche Umfeld

Nach einer insbesondere durch die Corona-Pandemie hervorgerufenen Unterbrechung von drei Jahren zwischen 2018 und 2021 schließt die hier vorliegende Erhebung des Sachsen-Monitors 2023 zeitnah an die Vorgängeruntersuchung des Sachsen-Monitors 2021/22 an, der im Sommer 2022 vorgestellt werden konnte.

Auch dieser Sachsen-Monitor erscheint in einem deutlich veränderten politisch-gesellschaftlichen Umfeld. Dies ist vor allem dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als politisch bestimmendem Thema seit dem Frühjahr 2022 geschuldet, sei es in seiner außenpolitischen, sei es in seiner wirtschafts- oder energiepolitischen Dimension. Darüber hinaus war gerade im Befragungszeitraum des Sommers 2023 das Thema Zuwanderung in den Fokus der Bevölkerung gerückt. Die Präsenz dieser Thematik und die Sorgen, die es bei einem großen Teil der Bevölkerung auslöst, sind durch aktuelle deutschlandweite Umfrageergebnisse¹ gut dokumentiert. Insofern ordnen sich die Ergebnisse des Sachsen-Monitors auch in einen bundesdeutschen Trend ein.

Der Fragenkatalog dieses Sachsen-Monitors entspricht weitgehend dem der Vorjahresbefragung. Das 2021/22 neu hinzugefügte Kapitel „Klimaschutz“ wurde beibehalten und dabei etwas gekürzt, gleiches gilt für das Kapitel zur „Mediennutzung und Medienvertrauen“. Der redaktionelle Grund hierfür lag in der Hinzufügung eines neuen Kapitels über „Verschwörungstheorien“, das die Kapitel zur politischen Partizipation und Demokratiezufriedenheit nunmehr ergänzt.

Im Ergebnis steht dieser Sachsen-Monitor in der Kontinuität und Vergleichbarkeit mit der Vorgängerbefragung und verweist damit auf den besonderen Wert eines sich wiederholenden Monitors, die gewonnenen Erkenntnisse mit denen des Vorgängers vergleichen zu können und dabei zu beobachten, ob sich Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung verändert haben oder gleichgeblieben sind. Deshalb wird im Ergebnisbericht – sowohl in den Grafiken als auch im Text – auf Veränderungen gegenüber dem Sachsen-Monitor 2021/22 hingewiesen.

¹ Vgl. infratest dimap, DeutschlandTREND Oktober 2023 (Erhebung September 2023).



1.2 Erhebungszeitraum

Die Erhebung fand vom 23. Juni bis 30. September 2023 statt, dabei wurden 2041 zufällig ausgewählte Personen ab 18 Jahren in ganz Sachsen befragt.

1.3 Fallzahlen

Der Sachsen-Monitor 2023 basiert auf einer Stichprobe von 280 Sample-Points, in welchen n=2.041 Fälle realisiert wurden. Diese Stichprobengröße sorgt für valide Aussagen auch auf der administrativen Ebene von Landkreisen sowie der kreisfreien Städte und ermöglicht Vergleiche zwischen diesen und insbesondere zwischen eher städtischen und eher ländlichen Gebieten Sachsens.

Bei der Auswertung und Tabellierung werden Merkmalsausprägungen mit sehr geringen Fallzahlen grundsätzlich jedoch nicht berücksichtigt.

1.4 Weitere Hinweise

Aus Gründen der besseren Verständlichkeit wird im Bericht i.d.R. verallgemeinernd die männliche Form verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen.

Sämtliche grafisch dargestellten Ergebnisse in diesem Bericht werden in Prozent angegeben. Eventuell fehlende Werte zu 100 Prozent ergeben sich durch die Antwortmöglichkeiten „keine Angaben“ und „weiß nicht“ bzw. durch Rundungen.

Die Veränderungswerte in den Grafiken beziehen sich auf den Sachsen-Monitor 2021/2022.

2 Ergebnisse

2.1 Zukunftserwartungen

2.1 Erwartungen für die Zukunft

Die sächsische Bevölkerung blickt weiterhin mit großer Mehrheit optimistisch in die Zukunft, allerdings nicht mehr in dem Maße wie beim letzten Sachsen-Monitor 2021/22: Nunmehr bejahen 63 Prozent (Rückgang um 10 Prozent), dass sie der persönlichen Zukunft mit Zuversicht entgegensehen, 36 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Die Unterschiede bei den Altersgruppen sind nicht zu übersehen: Während der Zukunftsoptimismus bei den Jüngeren ausgeprägter ist, ist bei den über 70jährigen der Anteil der Pessimisten besonders hoch (45 Prozent). Auch spielt das formale Bildungsniveau bei der Zukunftszuversicht eine große Rolle. Während unter den Hauptschulabsolventen Optimisten und Pessimisten sich lediglich die Waage halten, sind Menschen mit Abitur/EOS (71 Prozent) oder Hochschulabschluss (79 Prozent) wesentlich optimistischer.



Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

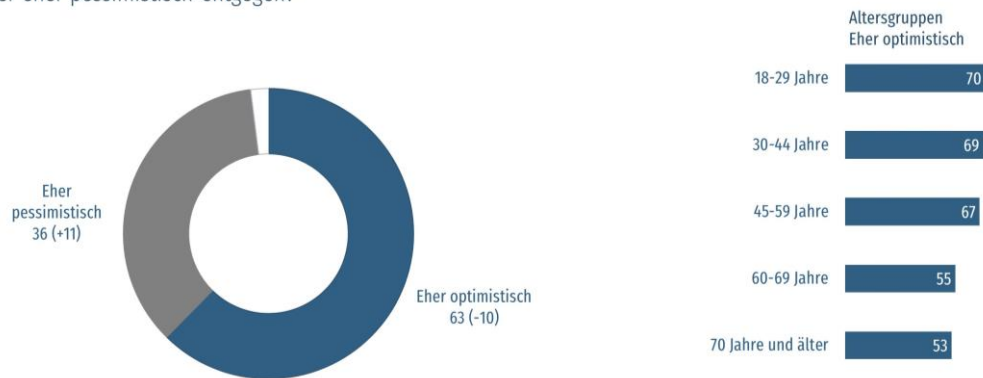


Abbildung 1 – Persönliche Zukunftserwartungen

Und wie ist das mit Sachsen: Sehen Sie der Zukunft Sachsens eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

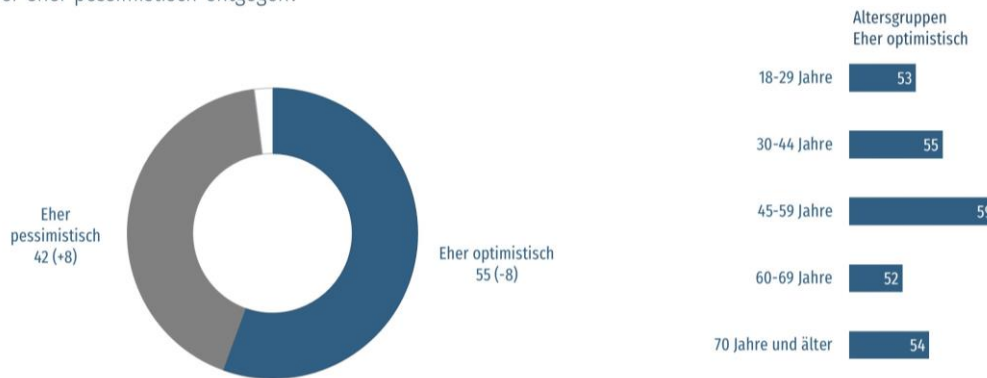


Abbildung 2 – Zukunftserwartungen für Sachsen

2.2. Zukunftserwartungen für Sachsen und die wirtschaftliche Situation im Bundesland

Der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die Zukunft Sachsens hat sich ebenfalls eingetrübt. Lediglich 55 Prozent optieren für eine eher optimistische Zukunftserwartung, während 42 Prozent die Zukunft des Freistaats eher pessimistisch betrachten. Im Vergleich zur letzten Befragung ist dies ein Rückgang bei den Optimisten um 8 Prozentpunkte bei einem vergleichbaren Anstieg der pessimistischen Grundhaltungen. Diese eher niedrigen Werte erfassen dabei alle Gruppen der sächsischen Bevölkerung. Bei den Altersgruppen fällt auf, dass die mittlere Generation am optimistischsten ist.

Die eigene wirtschaftliche Situation wird dabei noch mit 72 Prozent als eher oder sehr gut eingeschätzt. Auch hier ist indes ein Rückgang um gut 10 Prozent zu konstatieren. Augenfällig ist dabei die stark negativ abweichende Einschätzung durch die 18-29jährigen: Lediglich 49 Prozent sehen hier Grund zum Optimismus, 43 Prozent hingegen schätzten ihre eigene wirtschaftliche Situation als schlecht ein.

Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation Sachsens hat sich ebenfalls deutlich verschlechtert: Nunmehr schätzt lediglich noch eine knappe Mehrheit von 53 Prozent die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Freistaates als gut ein (sehr gut 3 Prozent, eher gut 50 Prozent), während der Anteil der



Pessimisten auf 45 Prozent hochgeschwungen ist. Beim letzten Sachsen-Monitor 2021/22 war das Verhältnis noch 64 zu 31 Prozent. Der deutliche Rückgang des Optimismus spiegelt sich auch hier durchgängig in den soziodemografischen Gruppen und den Regionen wider.



Abbildung 3 – Persönliche wirtschaftliche Situation



Abbildung 4 – Wirtschaftliche Lage in Sachsen

Sachsen wird die Herausforderungen der Zukunft meistern, davon sind rund zwei Drittel der Befragten nach wie vor überzeugt. Auch hier ist indes ein Rückgang von gut 10 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Befragung festzuhalten. Die aber immer noch stark positive Einschätzung wird durchweg in allen Bevölkerungsgruppen sowie regional in ähnlicher Weise von einer großen Mehrheit getragen.

Fragt man nach der Attraktivität des Wohnortes auch für junge Menschen, fallen die Antworten verhaltener aus: 54 Prozent sind der Auffassung, dass der Wohnort attraktiv bleibt, 46 Prozent sind allerdings der Auffassung, dass dies „eher oder gar nicht“ zutrifft. Insgesamt ist dies ein deutlicher Rückgang von 14 Prozent gegenüber der letzten Befragung. Die regionalen Unterschiede fallen dabei weiterhin ins Auge: Während Menschen in Leipzig und Dresden weit überwiegend von der Zukunftsattraktivität ihrer Städte überzeugt sind, überwiegt in Chemnitz weiterhin der Pessimismus. Ähnliches ist beispielsweise für die Oberlausitz mit Görlitz und Bautzen sowie für das Vogtland festzuhalten.



Der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der eigenen Region hat sich ebenfalls erkennbar eingetrübt: Nunmehr stehen 57 Prozent (2021/22: 69 Prozent) Optimisten („wird sich gut entwickeln“) 43 Prozent Pessimisten gegenüber. Leuchttürme des Optimismus bleiben dabei Dresden (71 Prozent) und Leipzig (71 Prozent), während zwei Drittel der Befragten in Görlitz zum Pessimismus neigen.

Die Aussage, dass „in meiner Region ... langfristig mehr Menschen zuziehen als wegziehen“ werden, wird von den Sächsinen und Sachsen erstmals mehrheitlich verneint: Lediglich 46 der Befragten sind der Auffassung, dass dies zutrifft, 52 Prozent vertreten die gegenteilige Auffassung. Passend zu den vorhergehenden Antworten ist auch hier eine stark regionale Ausdifferenzierung festzuhalten: Klarer Optimismus herrscht in Dresden und Leipzig, der Rest Sachsens teilt eine eher pessimistische Einstellung in dieser Frage.

Trotz der deutlich erkennbaren Verschlechterung der Stimmungslage im Freistaat bleiben die Sächsinen und Sachsen mit übergroßer Mehrheit überzeugt, dass sie ihr Leben „selbst in der Hand haben. Für 86 Prozent trifft dies „eher oder voll zu“, lediglich 15 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Der Rückgang der optimistischen Einschätzung im Vergleich zur letzten Befragung ist hier überdies mit rund 6 Prozent auch eher maßvoll.

Auch sind die Befragten nach wie vor mit übergroßer Mehrheit davon überzeugt, dass wenn sie sich anstrengen, auch Erfolg haben werden: 76 Prozent stimmen der Aussage zu, 22 Prozent sind anderer Auffassung. Bei den Jüngeren sind dabei die Zustimmungswerte höher (90 Prozent bei den 18-29jährigen), bei älteren Menschen niedriger (60 Prozent bei den über 70jährigen). In allen formalen Bildungsniveaus sind die Befragten mehrheitlich von dem Erfolg durch den eigenen Einsatz überzeugt, lediglich bei den Hauptschulabsolventen sind 40 Prozent gegenteiliger Ansicht.

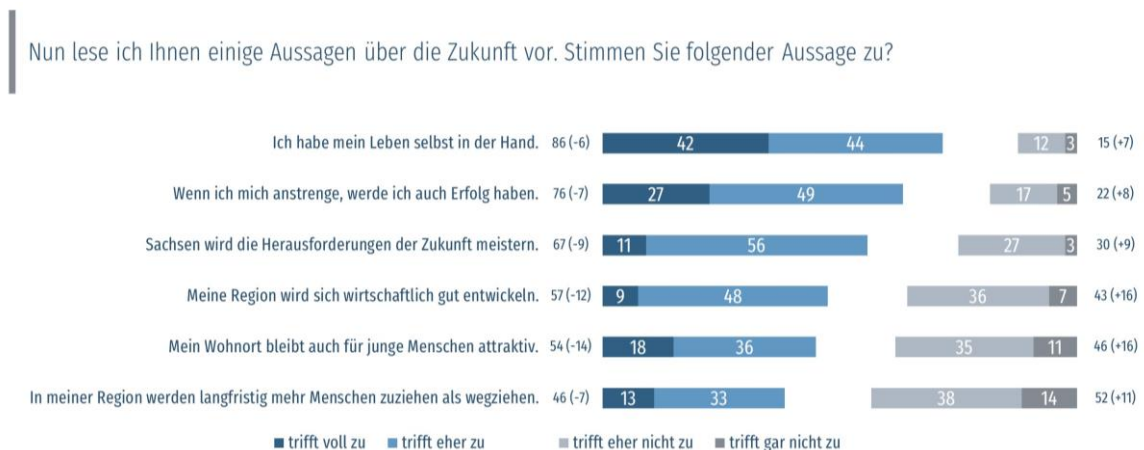


Abbildung 5 – Aussagen über die Zukunft

Nach wie vor sieht ebenfalls eine große Mehrheit ihren Wohnort als „nicht abgehängt“ an: Fast zwei Drittel der Befragten stimmen dieser Aussage zu (64 Prozent), was allerdings einem deutlichen Rückgang gegenüber der letzten Befragung entspricht (76 Prozent). Auch bejahen nunmehr 35 Prozent die Aussage, dass der eigene Wohnort „abgehängt“ ist, was einer Zunahme von 11 Prozent entspricht. Regional bleiben die Unterschiede erheblich: In Dresden und Leipzig wird die Aussage, man sei abgehängt, mit übergroßer Mehrheit zurückgewiesen (85 Prozent bzw. 73 Prozent „stimme eher oder gar nicht zu“), während im ländlichen Raum (unter 5000 Einwohner) sich Ablehnung und Zustimmung ungefähr die Waage halten.



2.2 Leben in Sachsen / Deutsche Einheit

2.2.1 Erreichte Ziele in Sachsen seit der Wiedervereinigung

Der Stolz auf das Erreichte ist und bleibt ein dominierendes Charakteristikum der sächsischen Bevölkerung: 86 Prozent der Befragten stimmen zu, dass man „auf das, was ...in Sachsen seit 1990 erreicht wurde“ stolz sein kann. Diese hohe Zustimmungsrate ist seit Jahren gleichbleibend und kontrastiert augenfällig zur Vielzahl der von abnehmendem Optimismus gekennzeichneten Antworten im Kontext der Befragung.

Ebenso eindeutig ist das Urteil der Sächsinen und Sachsen, dass die Erinnerung an die Friedliche Revolution von 1989 in Sachsen sehr wichtig ist: Die Zustimmungsrate von 86 Prozent knüpft nahtlos an die vorhergehenden Befragungen an. Dabei gilt: Je höher das Alter der Befragten – und damit an die konkrete Erinnerung an die epochalen Geschehnisse – desto höher ist hier die Zustimmungsrate.

Die sächsische Bevölkerung sieht den Freistaat im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern klar als gleichwertig an. 82 Prozent der Befragten vertreten die Auffassung, dass Sachsen den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen braucht, ein über Jahre faktisch unveränderter Wert bei den Befragungen (2018: 82 Prozent, 2022: 80 Prozent). Bei den Jüngsten ist der Wert mit 73 Prozent etwas abgeschwächt, bei den anderen Altersgruppen dafür leicht ausgeprägter. Diejenigen, die der Auffassung sind, dass es in Deutschland gerecht zugeht, sind zu 88 Prozent davon überzeugt, dass Sachsen keinen Vergleich zu scheuen braucht. Ähnlich höhere Zustimmungsraten kommen von Menschen, die der Zukunft eher optimistisch entgegensehen.

Auch sind die Sachsen mit großer Mehrheit der Auffassung, dass es dem Freistaat besser gehe als anderen Bundesländern im Osten. 63 Prozent stimmen der Aussage „eher oder voll zu“, dass die „wirtschaftliche Lage in Sachsen besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern“ ist, 32 Prozent sehen dies anders. Im Vergleich zum letzten Sachsen-Monitor ist die Zustimmungsrate allerdings um 8 Prozent zurückgegangen.



Abbildung 6 – Aussagen zu Sachsen



2.2.2 Rückblick auf die DDR und die Zeit seit der Wiedervereinigung

Bei der Frage, ob in Deutschland ausreichend über die Umbrüche und Erfahrungen in der Zeit nach der Wiedervereinigung gesprochen wird, ist die sächsische Bevölkerung gespalten. 54 Prozent sind der Auffassung, dass über dieses Thema „mehr gesprochen werden“ muss, 43 Prozent meinen, dass darüber „genug gesprochen“ wird – beides nahezu identische Werte im Vergleich zur letzten Befragung! Gespräche über die Umbrüche und Erfahrungen nach der Wiedervereinigung finden für 65 Prozent der Befragten in der eigenen Familie und im Freundeskreis statt, ein Rückgang von 7 Prozent zur letzten Befragung. Die jüngste Altersgruppe von 18-29 Jahren fordert hier mehr ein: 61 Prozent der Befragten dieser Altersgruppe merken kritisch an, dass über das Thema „mehr gesprochen werden müsste“.

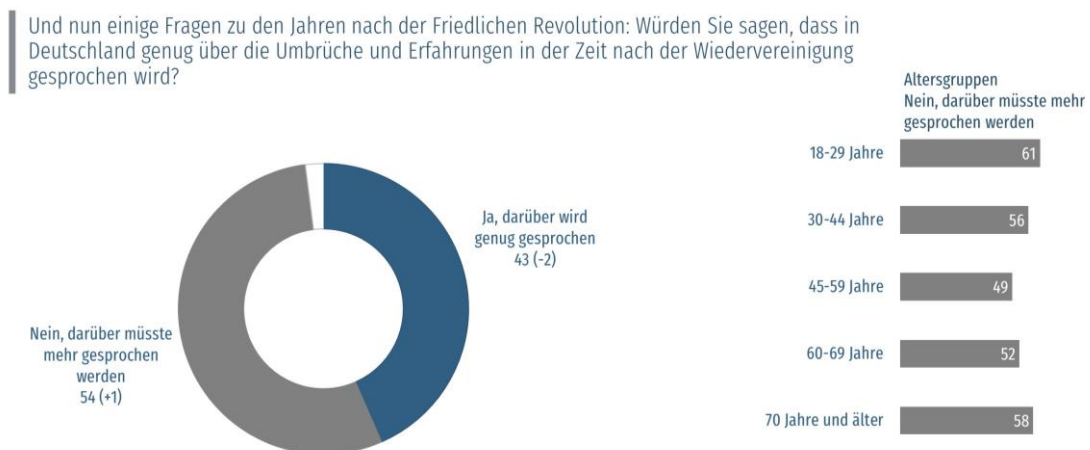


Abbildung 7 – Gesprächsthema Friedliche Revolution

Die Frage nach der DDR als Unrechtsstaat wird auf der Zeitachse der Befragungen von 2018 bis heute stetig anwachsend zustimmend beantwortet: Nach 39 Prozent Zustimmung 2018 und 55 Prozent bei der letzten Befragung stimmen nunmehr 60 Prozent der sächsischen Bevölkerung der Aussage zu, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist. Die jüngste Altersgruppe vertritt diese These am dezidiertesten (68 Prozent Zustimmung), die über 70jährigen zeigen sich eher zurückhaltend mit lediglich 55 Prozent Zustimmung. Im Ergebnis gibt es aber erstmals eine breit getragene Zustimmung in allen Altersgruppen als Zeichen eines sich neu etablierenden gesellschaftlichen Konsenses im Rahmen der sächsischen Erinnerungskultur. Regionale Unterschiede existieren dabei nach wie vor, von ausgeprägter Zustimmung in den beiden sächsischen Metropolen bis hin zu knappen Zustimmungswerten oder im Einzelfall einer knappen Minderheiten-Position im ländlich geprägten Raum oder in Städten wie Zwickau und Görlitz.

Zwar stimmen knapp zwei Drittel der Sächsinen und Sachsen der These, sich den Menschen in Osteuropa näher zu fühlen als den Menschen in Westdeutschland, nicht zu, der Anteil der zustimmenden Werte wächst aber seit 2018 – allerdings auf eher niedrigem Niveau (34 Prozent „stimme eher oder voll zu“). Wie in den Vorjahren bleiben dabei erkennbare Unterschiede je nach formalem Bildungsabschluss: Während beispielsweise Hochschulabsolventen der These mit 73 Prozent nicht zustimmen, fühlen sich von den Hauptschulabgängern 47 Prozent eher den Menschen in Osteuropa verbunden als den Westdeutschen.



Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

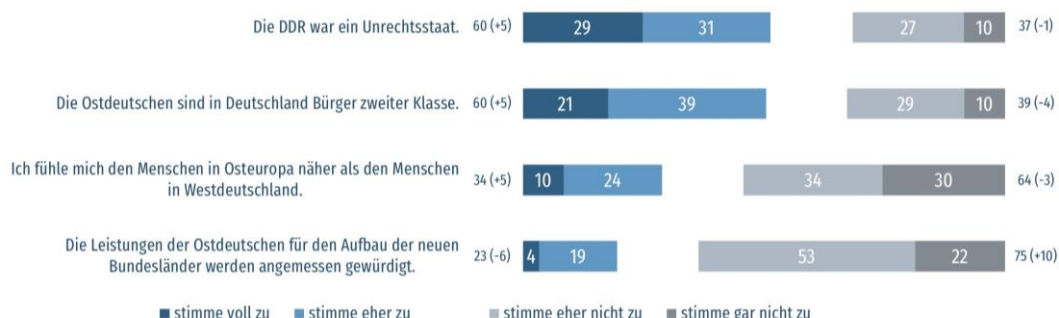


Abbildung 8 – Aussagen zu Ostdeutschland und zur DDR

Nach wie vor sind die Befragten mehrheitlich (60 Prozent) der Meinung, dass die Ostdeutschen in Deutschland eher „Bürger zweiter Klasse“ sind, eine Steigerung von 5 Prozent gegenüber dem Sachsen-Monitor von 2021/22. Lediglich 39 Prozent verneinen diese Ansicht. Als „Bürger zweiter Klasse“ sehen sich dabei vor allem die Älteren, Hauptschulabsolventen sowie die Pessimisten, während Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss ein Eigenbild der Zweitklassigkeit mehrheitlich nicht gelten lassen. Auch Jüngere (18-29 bzw. 30-44) sind im Urteil ausgeglichener (Zustimmung 54 bzw. 53 Prozent).

Die Aussage, dass die Leistungen der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer angemessen gewürdigt werden, werden von den Befragten mit großer Mehrheit zurückgewiesen: 75 Prozent stimmen „eher oder gar nicht“ zu, lediglich 23 Prozent sehen eine angemessene Würdigung. Die kritischen Werte haben sich dabei über mehrere Befragungen verstetigt (2018: 61 Prozent, 2021/22: 65 Prozent) und damit seit der letzten Befragung auch weiter deutlich verschlechtert. Größere Abweichungen in den einzelnen Gruppen oder auch regional sind dabei nicht festzuhalten.

2.3 Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg / Bewertung der pers. Lebensumstände

2.3.1 Gerechtigkeit

Die sächsische Bevölkerung hat einen zunehmend kritischen Blick auf Deutschland: Während beim letzten Sachsen-Monitor 57 Prozent der Befragten der Auffassung waren, dass es in Deutschland „eher ungerecht“ zugeht, hat sich dieser Wert nun auf 64 Prozent erhöht. Lediglich rund ein Drittel ist nunmehr gegenteiliger Auffassung. Bei der jüngsten Altersgruppe sind die Ansichten eher ausgeglichen, während bei den mittleren und älteren Generationen sogar rund 70 Prozent diesen kritischen Blick auf Gerechtigkeit in Deutschland teilen. Auch bei dieser Frage gibt es je nach Bildungsabschluss erkennbare Unterschiede: Bei Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss halten sich die Ansichten über die soziale Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit in etwa die Waage.



Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?

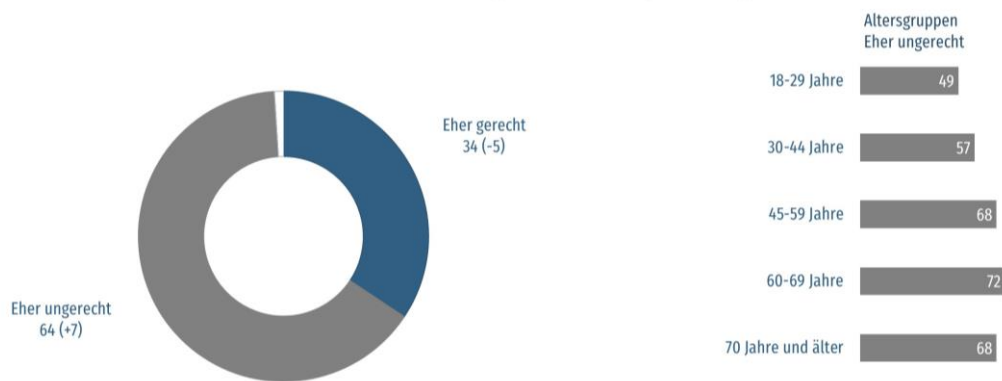


Abbildung 9 – Gerechtigkeit in Deutschland

Die persönliche Einschätzung, ob man selbst einen gerechten Anteil erhält, ist insgesamt weniger kritisch. Immerhin 51 Prozent der Befragten geben an, ihren gerechten Anteil zu erhalten, ein eher verhaltener Rückgang von 4 Prozentpunkten zum Sachsen-Monitor von 2021/22. 46 Prozent sind nunmehr gegenteiliger Ansicht, eine Zunahme von 5 Prozent. Auch bei dieser Frage ist festzuhalten, dass bei den Jüngeren der Anteil der positiv gestimmten überwiegt, während mit zunehmendem Alter die Zustimmung mehrheitlich in Ablehnung umschlägt. Ferner ist zu konstatieren, dass das Gesamtergebnis sich über die sozialen Schichten und Bildungsabschlüsse sowie Berufe ausdifferenziert: Mit der „sozialen Leiter“ steigt die Zustimmungsrates auf beispielsweise auf rund 70 Prozent bei Beamten sowie Zwei-Drittel-Werte bei Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss.

Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren...

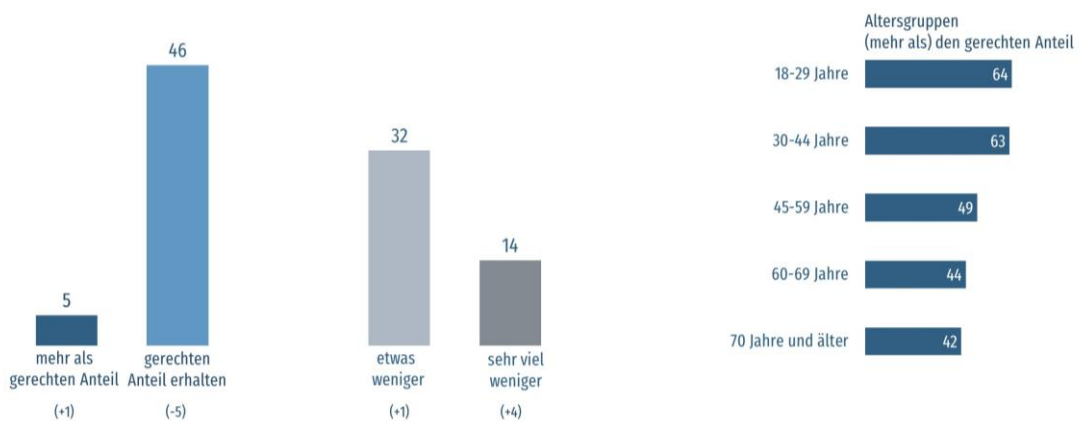


Abbildung 10 – Gerechter Anteil I

Fragt man offen nach den konkreten Gründen, werden geringere Löhne (25 Prozent), geringere Renten (25 Prozent) sowie das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit (16 Prozent) genannt. Auffallend ist hier, dass der Kritikpunkt „geringe Löhne“ im Vergleich zum Sachsen-Monitor von 2021/22 um 17 Prozent zurückgeht. Das diffuse Gefühl, keinen gerechten Anteil zu erhalten, erfährt jedenfalls in diesen Einzelergebnissen keine konkrete Ausformulierung.



Und warum meinen Sie, dass Sie „etwas weniger“ / „sehr viel weniger“ als Ihren gerechten Anteil erhalten?

Filter: Gerechter Anteil = „etwas weniger“ und „sehr viel weniger“



Nennungen ab 7 Prozent

Abbildung 11 – Gerechter Anteil II

2.3.2 Soziale Unterschiede

Auch in diesem Sachsen-Monitor wurden die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber sozialen Unterschieden gemessen. Eine deutliche Mehrheit (60 Prozent) bleibt bei der Auffassung, dass sich das „Einkommen nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten sollte, sondern jeder das haben sollte, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht“. Diese breite, im Vergleich zur letzten Erhebung nahezu unveränderte Einstellung, findet sich in allen Gruppen: bei den Bildungsabschlüssen, den Geschlechtern, Altersgruppen oder im regionalen Kontext.

Eine hauchdünne Mehrheit der Befragten (51 Prozent) ist der Auffassung, dass Unterschiede beim Einkommen und die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs Anreiz für Leistung sind. 48 Prozent sind allerdings gegenteiliger Meinung. Wie beim letzten Sachsen-Monitor stimmen Ältere etwas eher zu als Jüngere, Männer eher als Frauen. Insgesamt gilt es aber festzuhalten, dass die Unterschiede bei der Beantwortung der Frage in den einzelnen Gruppen wenig ausgeprägt sind.

Der Aussage, dass Rangunterschiede zwischen den Menschen akzeptabel sind, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat, wird mehrheitlich von den Befragten weiterhin abgelehnt (56 Prozent), im Ergebnis noch deutlicher als bei der vorhergehenden Befragung (52 Prozent). Lediglich bei Freiberufler ist Zustimmung und Ablehnung ausgeglichen, Arbeiter stimmen der These sogar knapp zu.

Wie bereits im letzten Sachsen-Monitor 2021/22 stimmen rund 60 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass das, was man im Leben bekommt, nicht so stark von den eigenen Anstrengungen abhängt, sondern eher von den allgemeinen, nicht persönlich beeinflussbaren Umständen wie Wirtschaftslage, Arbeitsmarkt, Tarifabschlüssen und Sozialleistungen. Dabei gilt, dass mit zunehmendem Alter die Aussage auch mehr Zustimmung findet.

Nach wie vor keine Zustimmung findet die These, dass es gerecht sei, dass „Menschen mit höherem Einkommen ihren Kindern eine bessere Ausbildung zu kommen lassen können als Menschen mit niedrigem Einkommen“. 85 Prozent der Befragten bleiben hier anderer Auffassung.



Insgesamt lässt sich damit festhalten, dass die sozialpolitischen Einstellungen der Befragten sich im Langfristvergleich kaum verändert haben und eher von Kontinuität gekennzeichnet sind.

Hier ist eine Liste mit verschiedenen Auffassungen darüber, wie es in der Bundesrepublik mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte. Bitte gehen Sie die Aussagen der Reihe nach durch und sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Auffassung voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Abbildung 12 – Auffassungen zu sozialen Unterschieden

2.3.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

In Ergänzung zu den vorliegenden Erkenntnissen über den Beschäftigtenstatus der Befragten als gängige Indikatoren für die Schichtzugehörigkeit einer Person, wurden die Befragten gebeten, eine Selbsteinschätzung hierzu vorzunehmen. Diese Selbsteinschätzung stellt einen erheblichen Erkenntnisgewinn insofern dar, als nur auf diese Weise in Erfahrung gebracht werden kann, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre soziale Lage im Vergleich zu anderen wahrnehmen.

Insgesamt ordnen sich 43 Prozent der mittleren Mittelschicht und 37 Prozent der unteren Mittelschicht zu. Dies ist eine sehr deutliche Verschiebung in der sozialen Milieueinordnung gegenüber dem Sachsen-Monitor von 2021/22, wo sich noch 58 Befragten der mittleren Mittelschicht zugeordnet hatten. Ein Rückgang um 15 Prozent.

Es wird heutzutage viel darüber gesprochen, dass es in Deutschland verschiedene Bevölkerungsschichten gibt – die Unterschicht, die untere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht, die obere Mittelschicht, die Oberschicht. Was würden Sie sagen, welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst eher zu?

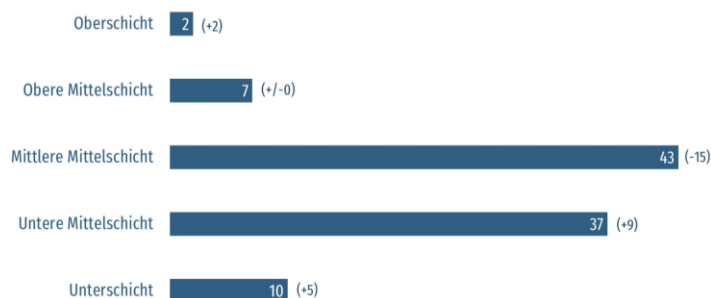


Abbildung 13 – Subjektive Schichtzuordnung



2.3.4 Bewertung der sozialen Mobilität

Die allgemeinen Chancen für soziale Durchlässigkeit in Deutschland – also die Chancen auf den sozialen Aufstieg – werden mehrheitlich skeptisch gesehen- auch hier eine deutliche Eintrübung des Gesamtbildes gegenüber dem letzten Sachsen-Monitor. Eine Mehrheit von 58 Prozent sieht nunmehr die Chancen des Aufstiegs von einer sozialen Schicht in die andere als „eher oder sehr schlecht“ an, eine Zunahme um 9 Prozent. Die jüngste Altersgruppe ist noch am optimistischsten: 53 Prozent sind hier der Auffassung, dass die Chancen „sehr oder eher gut“ sind – diese von Optimismus getragene Mehrheitsmeinung findet sich in keiner weiteren Altersgruppe wieder. Auch beim beruflichen Status sind es gerade einmal die Freiberufler, wo sich Optimismus und Pessimismus bei der Beantwortung der Frage die Waage halten.

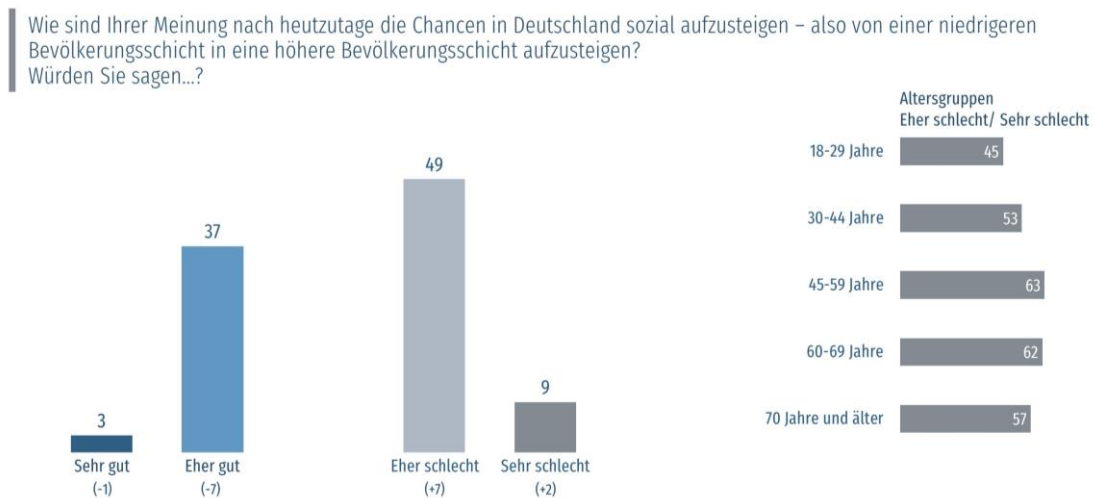


Abbildung 14 – Chancen für sozialen Aufstieg in Deutschland

Wird nach den persönlichen Chancen gefragt, ist der Optimismus zwar etwas ausgeprägter, doch die pessimistische Sichtweise überwiegt auch hier: 42 Prozent der Befragten meinen, dass die persönlichen Chancen des sozialen Aufstiegs „sehr oder eher gut“ sind, 51 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Die jüngeren bis 44 Jahren sind dabei klar optimistisch mit Zustimmungswerten von 68 Prozent (18-29 Jahre) sowie 59 Prozent (30-44 Jahre), zu denen Älteren hin verdichtet sich dabei die Skepsis. Auch hier gilt: Je höher der Bildungsabschluss, desto ausgeprägter werden die Chancen auf sozialen Aufstieg gesehen. Mit Blick auf die regionale Vielfalt in Sachsen stechen die Ergebnisse aus dem Raum Oberlausitz (Bautzen, Görlitz) mit hohen von Skepsis geprägten Werten ins Auge.



Und wie ist das mit Ihnen persönlich? Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Chancen ein, sozial aufzusteigen?
Würden Sie sagen...?

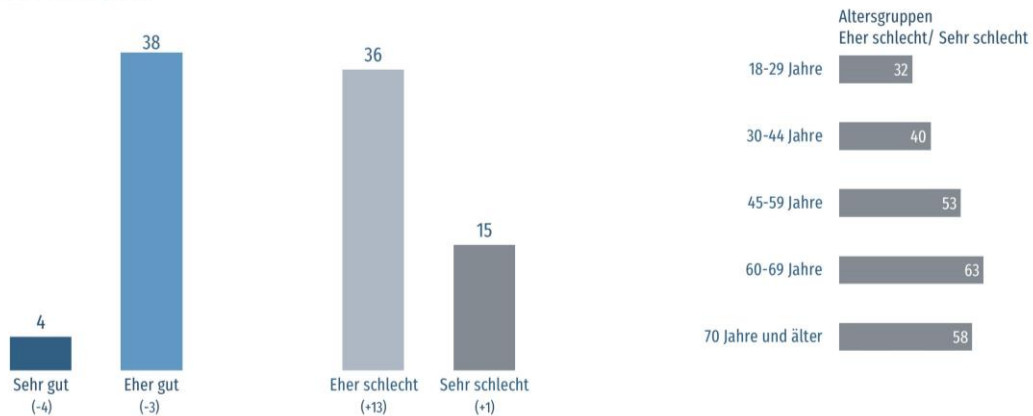


Abbildung 15 – Persönliche Chancen für sozialen Aufstieg

Mit Blick auf die Zukunft der eigenen Kinder zeigen sich die Befragten indes optimistischer. Zwar sind auch hier erkennbare Rückgänge zur letzten Befragung festzuhalten, aber immerhin 70 Prozent sind der Auffassung, dass die Chancen ihrer Kinder, sozial aufzusteigen, „sehr gut oder eher gut“ sind. Dies entspricht dem Wert der Befragung von 2018.

Und wie ist das mit Ihren Kindern? Wie schätzen Sie die Chancen Ihrer Kinder ein, sozial aufzusteigen?
Würden Sie sagen...?

Filter: Minderjährige Kinder = „ja“

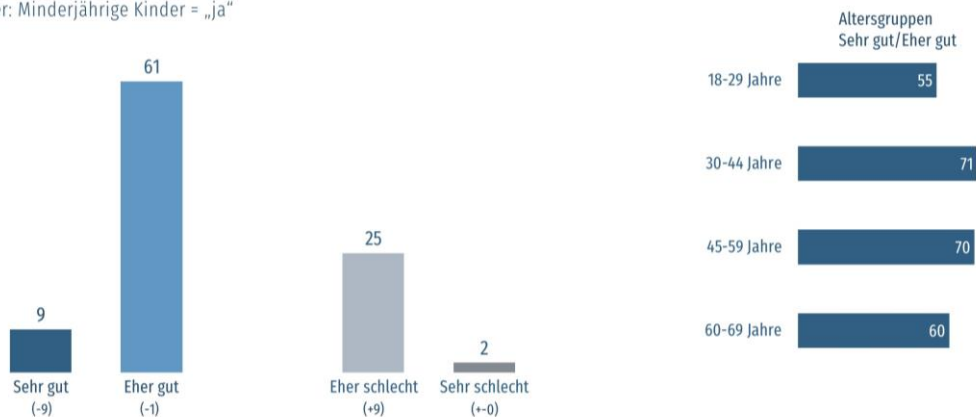


Abbildung 16 – Chancen der eigenen Kinder für sozialen Aufstieg

Die Mehrheit macht sich auch keine Sorgen um den eigenen sozialen Abstieg: 74 Prozent der Befragten sehen diese Gefahr für sich als „eher oder sehr gering“ an, 25 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Die Gefahr des sozialen Abstieges ihrer Kinder sehen 27 Prozent als Gefahr an (gegenüber 19 Prozent 2021/22, 22 Prozent 2018, 27 Prozent 2017). Eine Zwei-Drittel-Mehrheit bleibt aber hier optimistisch.



Und wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass Sie persönlich sozial absteigen?
Würden Sie sagen, die Gefahr ist...?

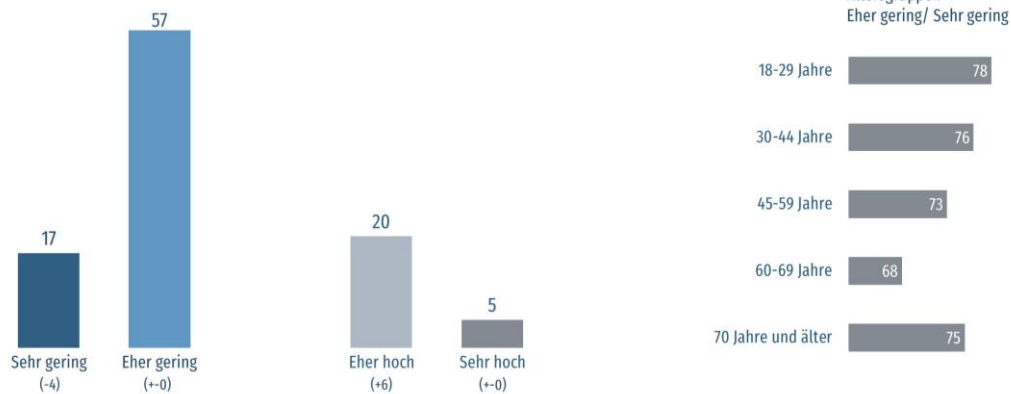


Abbildung 17 – Persönliche Gefahr für sozialen Abstieg

2.3.4 Bewertung der persönlichen Lebensumstände

Die Sächsinnen und Sachsen bleiben bei ihrer Skepsis, was das Vertrauen gegenüber anderen Menschen angeht. Knapp zwei Drittel der Befragten ist der Meinung, dass man im Umgang mit anderen Menschen „nicht vorsichtig genug sein“ kann, ein Drittel ist gegenteiliger Ansicht. Gegenüber dem letzten Sachsen-Monitor von 2021/22 ist hier faktisch keine Änderung der Einstellung zu konstatieren. Ins Auge fallen dabei die Unterschiede zwischen Konfessionslosen und Christen: Während letztere zumindest zu 46 Prozent meinen, anderen Menschen vertrauen zu können, liegt der Anteil der Skeptiker bei den Konfessionslosen bei 70 Prozent.

Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Andere sagen, dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann. Was ist Ihre Meinung dazu?



Abbildung 18 – Vertrauen zu anderen Menschen

Ziel des Sachsen-Monitors ist es auch, die Zufriedenheit der Sächsinnen und Sachsen mit ihren persönlichen Lebensumständen zu erfassen. Dazu wurden den Befragten verschiedene Aspekte persönlicher Lebensumstände vorgelegt. Insgesamt sind die Befragten mit ihrer persönlichen Lage zufrieden, wenn auch teilweise deutliche Rückgänge zum Sachsen-Monitor von 2021/22 zu verzeichnen sind.

Einen Spitzenwert bildet nach wie vor die Zufriedenheit mit der Wohnsituation: 90 Prozent zeigen sich „sehr oder eher zufrieden“, ein praktisch nicht veränderter Wert gegenüber der letzten Befragung.



Ebenfalls sehr hoch ist die Zufriedenheit mit dem Ausmaß der Freizeit (77 Prozent), lediglich bei den 30-44-Jährigen gibt es erkennbar niedrigere Werte (63 Prozent). Auch die Sicherheit von Plätzen und Straßen in der Umgebung wird geschätzt: Knapp zwei Drittel zeigen sich angetan, im Vorjahr waren es allerdings mit 79 Prozent deutlich mehr.

Auch die soziale Absicherung macht den Befragten mehrheitlich keine Sorgen: Rund zwei Drittel sind mit ihrer sozialen Absicherung „sehr oder eher zufrieden“. Insgesamt ist hier allerdings ebenfalls ein deutlicher Rückgang der Zufriedenheit um 9 Prozent im Vergleich zum Sachsen-Monitor 2021/22 festzuhalten.

Bei der Einschätzung der Beschäftigungssituation fallen die Zufriedenheitsraten ebenfalls, wenngleich das Niveau doch sehr hoch bleibt: 72 Prozent zeigen sich hier „sehr oder eher zufrieden“, 2021/22 waren es noch 77 Prozent.

Ein ähnliches Bild gibt es beim Thema finanzielle Sicherheit: Mit Ihrer finanziellen Situation sind 61 Prozent der Befragten zufrieden, was einem deutlichen Abfall von 16 Prozenten im Vergleich zu 2021/22 entspricht.

Mit ihrer Gesundheit sind schließlich 64 Prozent (2021/22 79 Prozent) der Befragten zufrieden, auch die über 70jährigen fühlen sich zu 60 Prozent noch fit! Die haus- und fachärztliche Versorgung wird ebenfalls von rund zwei Dritteln der Befragten goutiert. Das Thema Gesundheit passt aber insoweit ins Bild, als die Zufriedenheitswerte zur Vorgängerbefragung erkennbar zurückgegangen ist.

Massiv verändert haben sich indes die Zufriedenheitswerte mit Blick auf die Höhe der Lebenshaltungskosten. 74 Prozent sind unzufrieden, wobei der vergleichsweise hohe Anteil der sehr Unzufriedenen mit allein 28 Prozent auffällt. Im Ergebnis ist damit der Anteil der Unzufriedenen innerhalb eines Jahres um 24 Prozent gestiegen, was die Problematik des Themas angemessen veranschaulicht.

Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Lebensumständen? Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie persönlich damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Wie ist das mit...?

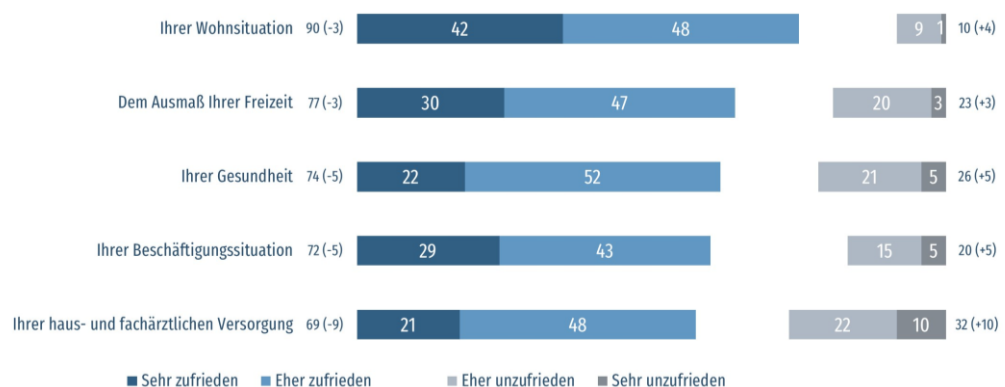


Abbildung 19 – Persönliche Lebensumstände I



Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Lebensumständen? Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie persönlich damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Wie ist das mit...?

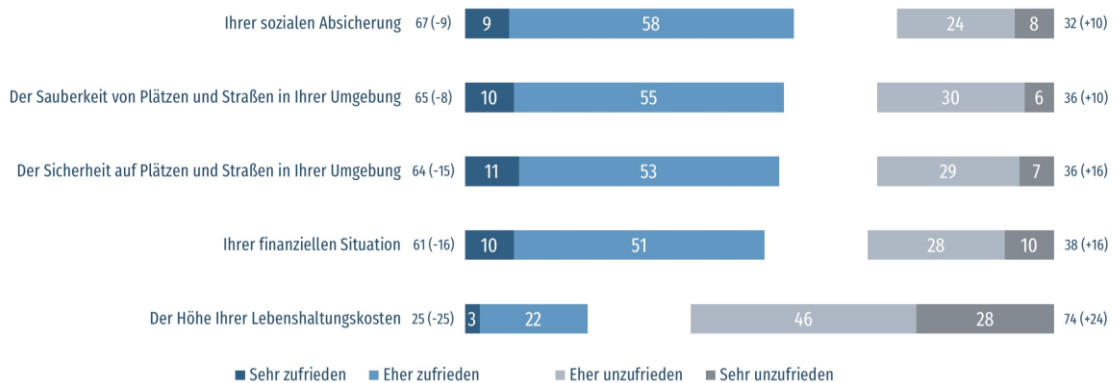


Abbildung 20 – Persönliche Lebensumstände II

Bei den Fragen des Sachsen-Monitors handelt es sich in der Regel um „geschlossene“ Fragen, bei denen den Befragten Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgegeben wurden. Die Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Sachsen wurde hingegen als sogenannte „offene“ Frage formuliert. Die unterschiedlichen Antworten der Befragten wurden nach der Erhebung ausgewertet und in Themengruppen zusammengefasst.

War im letzten Sachsen-Monitor noch die Bekämpfung der Corona-Pandemie beherrschendes Thema, ergibt sich nunmehr ein völlig verändertes Bild: Mit 25 Prozent steht der Themenkomplex „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ weit vorne – alle weiteren Themenbereiche folgen mit weitem Abstand (Bildung: 11 Prozent, Sorge vor Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus 8 Prozent). Dabei gibt es im Einzelnen kaum Differenzierungen zwischen den soziodemografischen Gruppen beziehungsweise Regionen.

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Sachsen?



Nennungen ab 6 Prozent

Abbildung 21 – Wichtigste Probleme in Sachsen

Ebenfalls in einer offenen Frage wurde nach den größten Chancen für Sachsen gefragt. 21 Prozent sehen nach wie vor in der Ansiedlung neuer Industrien und der Förderung der Wirtschaft die größte Chance für den Freistaat, alle weiteren Nennungen liegen unter 10 Prozent. Insgesamt wird ähnlich geantwortet wie im Vorjahr, nennenswerte Abweichungen sind nicht zu konstatieren.



Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig die größte Chance für Sachsen?



Nennungen ab 5 Prozent

Abbildung 22 – Größte Chance für Sachsen

Auf Fragen nach möglichen negativen Entwicklungen in der Zukunft ergibt sich ein differenziertes Bild: Immerhin 55 Prozent der Befragten sorgen sich, dass ihre Rente nicht zum Leben ausreicht, bei den Jüngeren ist dieser Wert durchweg höher. Auch ein möglicher Verlust der deutschen Kultur und Eigenart umtreibt die Menschen: 60 Prozent der Sächsinen und Sachsen machen sich „sehr große oder große Sorgen“, 40 Prozent machen sich „eher geringe oder keine Sorgen“. Dabei gilt: Je älter die Befragten sind, desto sorgenvoller zeigen sie sich. Bei Hochschulabsolventen zeigt sich indes ein ganz anderes Bild: 57 Prozent machen sich „eher geringe oder keine Sorgen“.

Von Skepsis gekennzeichnet sind auch die Antworten auf die Frage, dass es „den kommenden Generationen in Deutschland schlechter gehen wird als uns heute“. 68 Prozent machen sich hier „sehr große oder eher große Sorgen“, „31 Prozent eher geringe oder keine Sorgen“.

Vor allem umtreibt die Befragten die Zukunftsvision einer sozialen Spaltung der Gesellschaft: Dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen, beunruhigt 87 Prozent der Befragten. Dazu passt, dass auch ein drohender Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts die Sächsinen und Sachsen beschäftigt: 81 Prozent blicken hier sorgenvoll in die Zukunft, ein fast gleicher Wert wie bei der letzten Befragung.

Bei der Frage nach dem persönlichen Befinden hellt sich der Blick in die Zukunft bei den Befragten allerdings auf: 55 Prozent machen sich „eher geringe oder keine Sorgen“, dass es Ihnen persönlich insgesamt eher schlechter gehen wird“, immerhin 45 Prozent sind allerdings skeptischer mit Blick auf die eigene Zukunft. Trotz der mehrheitlich optimistischen Einstellung gilt es aber auch festzuhalten, dass die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr deutlich sind. Noch 2021/22 betrug der Anteil der Optimisten bei dieser Frage 69 Prozent.

Auch den Bestand des seit der Wiedervereinigung Erarbeiteten sehen die Befragten weit überwiegend als gesichert an: Knapp zwei Drittel machen sich hier wenige oder gar keine Sorgen, ein gutes Drittel ist gegenteiliger Auffassung.

Beim Klimawandel gehen die Meinungen auseinander: Pessimisten sowie Optimisten halten sich in etwa die Waage (53 zu 46 Prozent), Jüngere und Frauen sind dabei besorgter als die mittleren Generationen und Männer. Auch gibt es deutliche Einstellungsunterschiede zum Thema bei den unterschiedlichen Bildungsabschlüssen: Hochschulabsolventen sind überproportional besorgt (62 Prozent),



Menschen mit Hauptschulabschluss unterdurchschnittlich (43 Prozent). Auffällig ist hier zudem ein Rückgang der Besorgnis gegenüber dem Wert beim letzten Sachsen-Monitor 2021/22 (64 Prozent).

Der Verlust des Arbeitsplatzes wird von der übergroßen Mehrheit der Befragten hingegen nahezu ausgeschlossen: Knapp 80 Prozent machen sich hier eher geringe oder keine Sorgen, bei den Arbeitern sind die Zustimmungswerte allerdings nicht ganz so hoch (63 Prozent).

2.4 Politisches Interesse / Politische Partizipation

2.4.1 Politisches Interesse

Gegenüber dem Sachsen-Monitor 2021/22 ist die Zahl derjenigen, die keiner Partei zuneigen, moderat um 4 Prozentpunkte auf nunmehr 46 Prozent gestiegen. Die Befragten wurden gebeten, ihre Neigungen ganz spontan zu benennen. Die Befunde sind in dabei keiner Weise mit der sogenannten Sonntagsfrage in der empirischen Wahlforschung zu vergleichen. Die Zahl derjenigen, die keiner Partei zuneigen, ist bei der jüngsten Altersgruppe der 18-29jährigen dabei noch wesentlich höher (61 Prozent), bei Beamten und Menschen mit Hochschulabschluss wesentlich geringer (37 Prozent).

Während sich CDU und AfD bei der Spontannennung bei rund 15 Prozent bewegen, bewegen sich die anderen Parteien um die 5 Prozent herum. Während die CDU eher bei den Älteren präsent ist, ist das Bild bei den Grünen spiegelverkehrt hierzu. Bemerkenswert ist, dass die CDU bei der jüngsten Altersgruppe der 18-29jährigen faktisch nicht mehr messbar ist (1 Prozent). Menschen bis zu 59 Jahren neigen eher der AfD als der CDU zu. Pessimistisch eingestellte Menschen und diejenigen, die finden, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht, präferieren die AfD mit 22 bzw. 20 Prozent am stärksten.

Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu? Wenn ja: Welcher Partei neigen Sie zu?

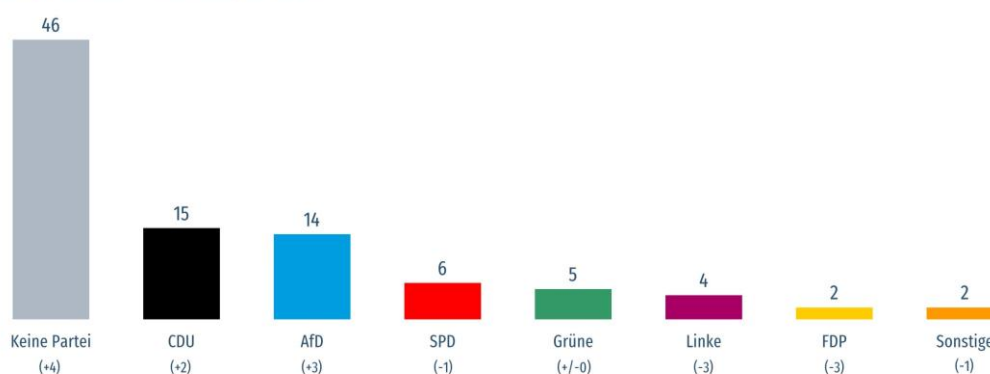


Abbildung 23 – Parteipräferenz

Das Politikinteresse ist ebenfalls zurückgegangen, und zwar von 52 Prozent auf nunmehr 44 Prozent (sehr starkes und starkes Interesse). Es macht dabei keinen Unterschied, ob nach der Politik im Allgemeinen gefragt wird oder der Politik im Freistaat. Das Interesse steigt in beiden Fällen mit der Höhe des Bildungsabschlusses und auch des Alters.



Trotz geringem Interesse an Politik ist eine deutliche Mehrheit von 74 Prozent der Befragten überzeugt, „wichtige politische Fragen gut zu verstehen und einschätzen zu können“. Bei Männern ist der Anteil mit 80 Prozent dabei signifikant höher als bei Frauen (66 Prozent).

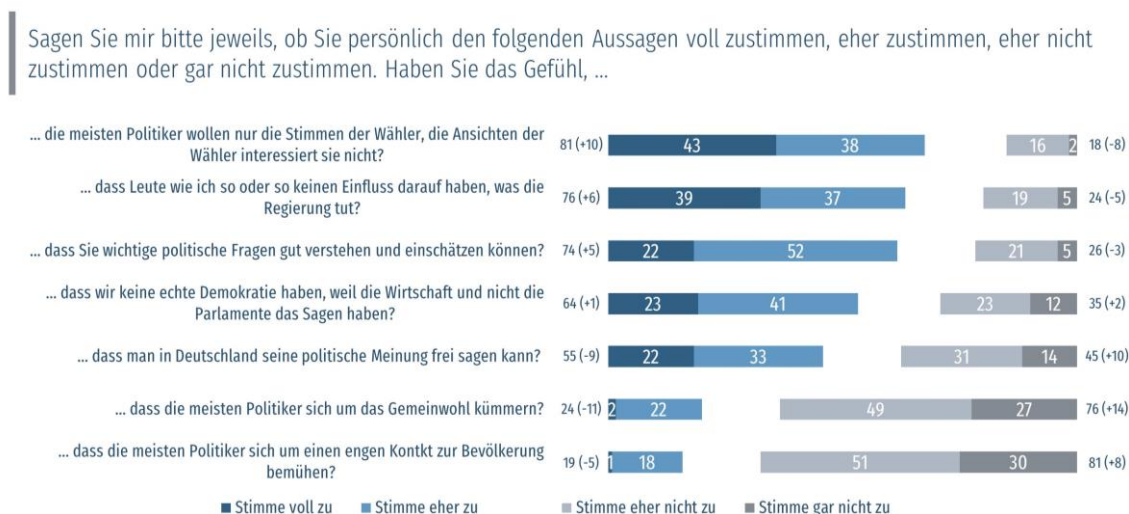


Abbildung 24 – Aussagen zur Demokratie in Deutschland

Die Einstellungen der Befragten zu Politikern sind dabei denkbar kritisch und ziehen sich so durch alle Gruppen: 81 Prozent sind der Auffassung, dass sich Politiker nur für die Stimmen der Wähler und nicht für ihre Ansichten interessieren. Darüber hinaus wird die Abgewandtheit der Politiker deutlich kritisiert: 81 Prozent sind nicht der Auffassung, dass sich Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen. Auch dieser Wert findet sich mit geringen Abweichungen in allen Gruppen. Selbst die optimistisch in die Zukunft schauenden Menschen stimmen der Aussage, dass sich Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen, mit gerade einmal 24 Prozent zu.

Skepsis zeigt sich auch in der Einschätzung, „dass Leute wie ich so oder so keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“, die 76 Prozent Zustimmung von den Befragten erhält, nochmals mehr als 6 Prozent seit dem letzten Sachsen-Monitor von 2021/22. Frauen sind mit 80 Prozent dabei noch fatalistischer als Männer (71 Prozent), was das Ohnmachtsgefühl gegenüber der Politik betrifft. Diese Gefühlswelt nimmt dabei zu, je mehr man auf der sozialen Leiter und Bildungsabschlüssen nach unten geht, im ländlichen Raum ist sie dabei mehr verbreitet als in großstädtischen Milieus. In der unteren Mittelschicht stimmen 85 Prozent der Aussage zu, keinen Einfluss zu haben – ein durchaus alarmierender Wert.

Auch die Aussage, dass wir keine echte Demokratie haben, weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen haben, trifft auf breite Akzeptanz (64 Prozent). Allein die jüngste Altersgruppe verneint diese Aussage mit 51 Prozent, ebenso Beamte mit 62 Prozent sowie Menschen mit Abitur und Hochschulabschluss.

Dass sich Politiker um das Gemeinwohl kümmern, verneinen zwei Drittel der Befragten, Unterschiede in den Untergruppen fallen dabei nicht ins Gewicht. Auch hier ist festzuhalten, dass die kritischen Stimmen seit der letzten Befragung deutlich zugelegt haben.



2.4.2 Politische Partizipation

Im Sachsen-Monitor 2021/22 stimmten 64 Prozent der Befragten zu, dass „man in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann“. Nunmehr stimmen dieser Aussage nur noch 55 Prozent der Befragten zu. Hingegen sind 45 Prozent der Sächsinen und Sachsen der gegenteiligen Auffassung. Befragte mit Realschulabschluss/Polytechnische Oberstufe mit 10. Klasse Abschluss sind mehrheitlich (51 Prozent) der Auffassung, dass es in Deutschland faktisch keine Meinungsfreiheit gibt. Auch die Konfessionslosen teilen diese Ansicht mehrheitlich, gleiches gilt für den ländlichen Raum und auch die untere Mittelschicht.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?



Abbildung 25 – Politische Einflussnahme I

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?



Abbildung 26 – Politische Einflussnahme II

Fragt man nach der politischen Einflussnahme durch den Einzelnen ergibt sich ein differenziertes Bild: Rund 70 Prozent der Befragten beteiligen sich bzw. würden sich an einer Parlamentswahl beteiligen. Bei Arbeitern ist der Anteil der Wahlabsinenten dabei signifikant höher (57 Prozent), bei Menschen mit höherem Bildungsabschluss niedriger, im ländlichen Raum eher höher, in Großstädten niedriger: So würden beispielsweise in Dresden nur 11 Prozent der Befragten nicht wählen gehen. Insgesamt aber ist festzuhalten, dass die Zahl derjenigen, die nicht an einer Parlamentswahl teilnehmen würden, sich im Vergleich zur letzten Befragung auf nunmehr 30 Prozent verdoppelt hat.



57 Prozent der Befragten würden sich an einen Politiker wenden, 43 Prozent schließen dies dagegen aus, Frauen dabei mit 49 Prozent erkennbar häufiger als Männer mit 36 Prozent. Ältere schließen dies ebenfalls weitaus häufiger aus (70 Jahre und älter: 51 Prozent) als die jüngste Altersgruppe (18-29 Jahre: 36 Prozent).

Dennoch bleibt das partizipative Interesse der Befragten grundsätzlich sehr hoch: Eine übergroße Mehrheit würde beispielsweise an einer Unterschriftensammlung teilnehmen oder hat dies bereits getan (90 Prozent). Ähnliches gilt für die Teilnahme an einem Volksentscheid oder Bürgerentscheid. 86 Prozent der Befragten haben dies schon getan bzw. würden es tun. Auch würden die Befragten bei öffentlichen Bauvorhaben an Bürgeranhörungen teilnehmen (60 Prozent).

Die Mitarbeit in einer politischen Partei kommt allerdings nur für 23 Prozent der Befragten infrage, drei Viertel würde dies nicht tun. Bei Menschen mit höherem Bildungsabschluss ist die Bereitschaft zur Mitarbeit allerdings erkennbar höher: 38 Prozent der Menschen mit Abitur haben dies schon getan oder würden einer politischen Partei beitreten, bei Menschen mit Universitätsabschluss sind es 33 Prozent. Skepsis überwiegt auch, wenn es darum geht, politische Meinungsäußerungen im Internet einzustellen, zu bewerten oder zu teilen: Gut zwei Drittel der Befragten lehnen dies ab. Ausnahme sind hier einmal mehr die 18-29jährigen, die zu 63 Prozent zustimmen.

Ein Engagement in einer Gewerkschaft oder im Personalrat ist mit insgesamt 43 Prozent deutlich ausgeprägter, auch würden 46 Prozent der Befragten in einer Bürgerinitiative oder einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitarbeiten. Ein dauerhaft angelegtes Engagement für das Gemeinwohl in Form eines Amtes oder Mandates ist für rund ein Viertel der Befragten im Bereich des Möglichen, drei Viertel bekennen, dass sie dazu nicht bereit wären.

Knapp zwei Drittel würden an einer Demonstration teilzunehmen, die Hälfte davon hat diesbezüglich bereits Erfahrungen. Eine Demonstration zu blockieren, ist für die Sächsischen und Sachsen schwer zu vermitteln: über 80 Prozent würden dies nicht tun.

Die überwältigende Mehrheit der Befragten (86 Prozent) lehnt es schließlich ab, mit Gewalt für die eigenen Ziele zu kämpfen. Bei den Jüngeren ist diese demokratische Grundhaltung nicht ganz so ausgeprägt: Über 20 Prozent der Befragten würden grundsätzlich auch beim Kampf um die eigenen Ziele Gewalt anwenden. Mit Blick auf die Regionen fällt auf, dass in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge die Möglichkeit der Gewaltanwendung von rund einem Drittel der Befragten nicht ausgeschlossen wird.

Die sächsische Bevölkerung ist der direkten Demokratie gewogen: Der Aussage: „Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie“ wird mehrheitlich zugestimmt (65 Prozent), nur Menschen mit Hochschulabschluss haben mehrheitlich eine gegenteilige Auffassung. Ganz eindeutig sind die Auffassungen zur These, dass die Einflussnahme der Bürger durch Volksabstimmungen das Interesse vieler Menschen an der Politik erhöhen würde“ (87 Prozent „stimme voll oder eher zu“). Die Befragten sind sich dabei uneins, ob direkte Demokratie die Macht der Medien erhöht, Zustimmung und Ablehnung halten sich hier ungefähr die Waage. Das Argument, dass direkte Demokratie organisatorisch schwer händelbar ist, lassen die Befragten nicht gelten: Die Aussage, dass häufige Volksabstimmungen zu Unregierbarkeit führen kann, wird von zwei Dritteln der Befragten in Abrede gestellt.

Die Gefahren der direkten Demokratie werden dabei durchaus gesehen: 66 Prozent stimmen der Aussage zu, dass direkte Demokratie durch Demagogen missbraucht werden kann. 80 Prozent sehen diesen Nachteil indes durch den Vorteil aufgehoben, dass direkte Demokratie auch bedeutet, dass sich



Politiker stärker am Volkswillen ausrichten würden. Denn die Befragten wünschen sich mit großer Mehrheit, dass der Volkswillen unmittelbar durch Politik umgesetzt wird, „egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen“: 63 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu, die direkte Demokratie nicht mehr im Licht einer verfassungsmäßigen Ordnung zu sehen, sondern gegebenenfalls auch außerhalb derselben.

Es gibt Forderungen nach mehr direkter Demokratie. Das heißt, dass die Bürger über einzelne politische Fragen direkt abstimmen können. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur direkten Demokratie vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher stimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

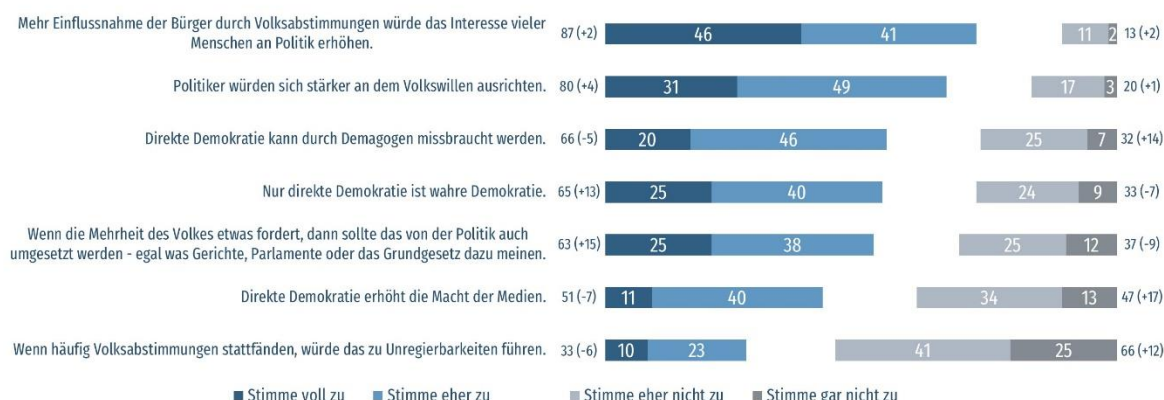


Abbildung 27 – Aussagen zur direkten Demokratie

2.5 Zufriedenheit mit der Demokratie / Institutionenvertrauen

2.5.1 Bewertung der Demokratie

Die Stabilität eines demokratischen Regierungssystems ist nicht allein von seinem inneren Gefüge, insbesondere seiner Verfassung, abhängig, sondern auch von der politischen Kultur im Land – also unter anderem davon, wie die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie als Staats- und Regierungsform bewerten. Deshalb lohnt es sich, die demokratischen Überzeugungen der Bevölkerung regelmäßig zu messen. Ein mittlerweile etabliertes Messinstrument dafür ist die Bewertung der Demokratie als Staats- und Regierungsform im Allgemeinen sowie die Bewertung, wie die Demokratie im eigenen Land in der Praxis funktioniert.

Im diesjährigen Sachsen-Monitor fand dieses Instrument zur Messung der Stabilität der Demokratie erneut Anwendung. Im Ergebnis halten 83 Prozent (-6 Prozent) der Sachsen die Demokratie für eine gute Regierungsform, lediglich eine Minderheit von 14 Prozent äußert sich dezidiert ablehnend. Damit spiegeln die Sächsinen und Sachsen das Bild für ganz Deutschland: 85 Prozent der Deutschen halten die Demokratie – unabhängig vom konkreten Funktionieren – für eine gute Regierungsform, 12 Prozent für eine schlechte Regierungsform².

Damit, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert, zeigen sich allerdings nur 41 Prozent „eher oder sehr zufrieden“. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber den Werten von 2021/22 (59 Prozent)

² infratest dimap, DeutschlandTREND Oktober 2023 (Erhebung September 2023)



und 2018 (58 Prozent) und ein wesentlich deutlicherer Rückgang als bei der Frage nach der guten Regierungsform; 59 Prozent sind „eher oder sehr unzufrieden“ mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.

Damit, wie die Demokratie in Sachsen funktioniert, sind 49 Prozent „eher oder sehr zufrieden“ – hier ebenfalls ein Rückgang gegenüber 2021/22 (61 Prozent) und 2018 (62 Prozent).

Auch diese kritische Sichtweise auf das konkrete Funktionieren der Demokratie ist dabei kein originär sächsisches Problem. Im DeutschlandTREND von Oktober 2023 fragte infratest dimap bundesweit nach der Demokratiezufriedenheit: 55 Prozent der Bundesbürger zeigten sich weniger oder gar nicht zufrieden und lediglich 44 Prozent zufrieden³.

Je nach Schichtzugehörigkeit gibt es deutliche Unterschiede in der Bewertung der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland (in Klammern: Sachsen) funktioniert. Während die obere Mittelschicht sich noch zu 55 Prozent (57 Prozent) „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ zeigt, teilt die mittlere Mittelschicht diese Wertung abgeschwächt mit 48 Prozent (56 Prozent). Bei der unteren Mittelschicht ist inzwischen lediglich eine Minderheit von 37 Prozent dieser Auffassung (48 Prozent), bei der Unterschicht sind es sogar nur noch 11 Prozent (18 Prozent).

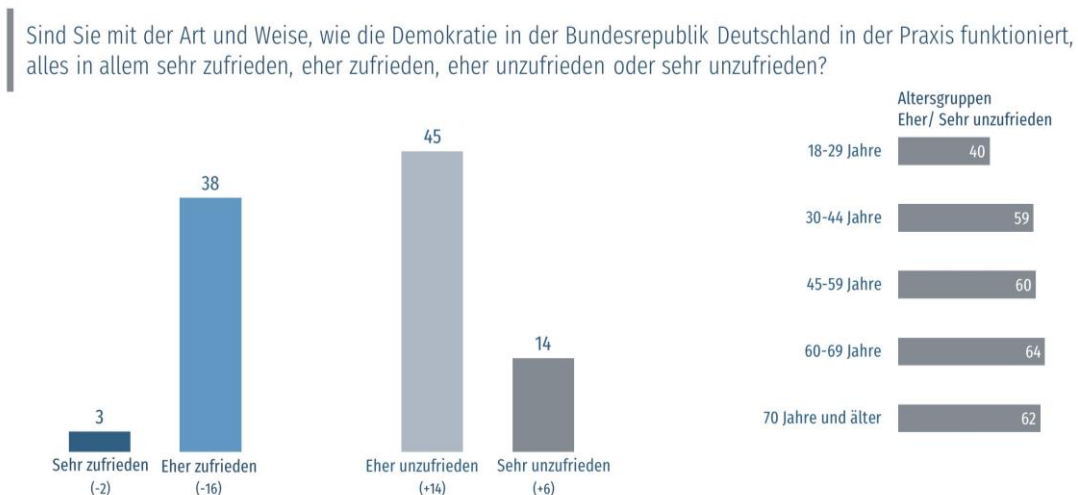


Abbildung 28 – Funktionieren der Demokratie in Deutschland

³ infratest dimap, DeutschlandTREND Oktober 2023 (Erhebung September 2023)



Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Sachsen in der Praxis funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

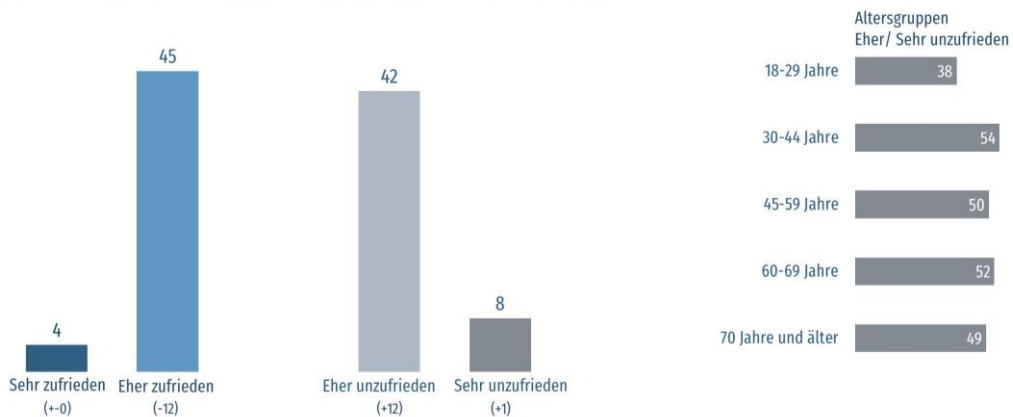


Abbildung 29 – Funktionieren der Demokratie in Sachsen

2.5.2 Wichtige und erfüllbare Erwartungen an die Demokratie

Um die Frage zu beantworten, warum manche Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedener sind als andere, wurden zunächst die Erwartungen der Sachsen an die Demokratie erfragt, um anschließend zu überprüfen, ob die einzelnen Aspekte in den Augen der Sachsen in Deutschland umgesetzt werden.

Sämtliche vorgeschlagenen Aspekte sind nach der Auffassung der Befragten äußerst wichtig für eine Demokratie (Zustimmungswerte zwischen 91 und 99 Prozent). Allerdings werden nicht alle Aspekte nach Meinung der Befragten in Deutschland genügend umgesetzt.

Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Ihrer Meinung nach für eine Demokratie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig sind.



Abbildung 30 – Wichtige Aspekte für eine Demokratie

2.5.3 Vertrauen in die Institutionen der Demokratie

Ein weiterer entscheidender Indikator für die Stabilität und Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems ist das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger den Institutionen der Demokratie und des Rechtsstaates entgegenbringen. Die diesjährige Erhebung des Sachsen-Monitors zeugt von einem enormen Vertrauensverlust wichtiger Institutionen im Vergleich zu 2021/22. Am stärksten verlieren die Bundesregierung (-21 Prozent) und der Deutsche Bundestag (-20 Prozent). Die schon bisher



letztplatzierten Institutionen „Medien“ und „Parteien im Allgemeinen“ erleiden weitere Vertrauensverluste (–11 bzw. –12 Prozent).

Erneut bestätigt sich eine zentrale Erkenntnis der bisherigen Sachsen-Monitore: Je weiter entfernt Parlamente und Regierungen vom lokalen Umfeld der Befragten sind, desto geringer ist das Vertrauen in sie. Doch auch diese Institutionen bleiben vom allgemeinen Vertrauensverlust nicht verschont. Am besten schneiden immer noch die Polizei, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die Gerichte ab.

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit...

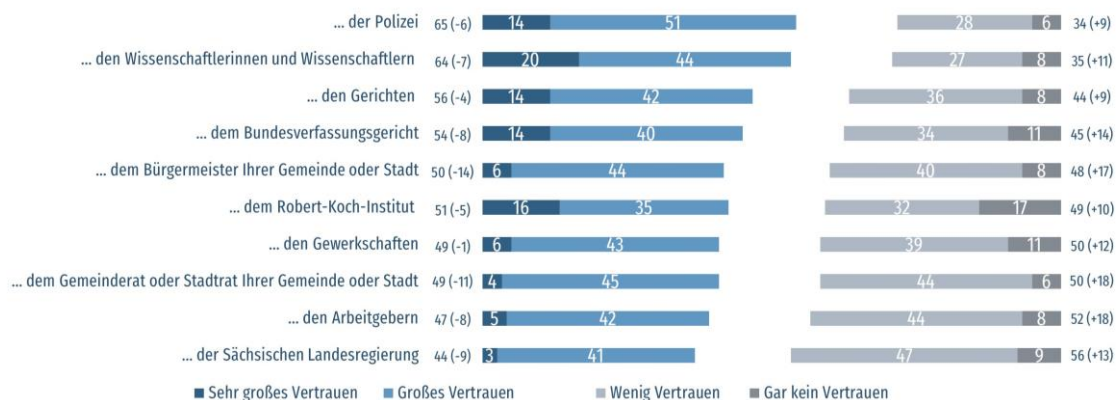


Abbildung 31 – Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen I

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit...

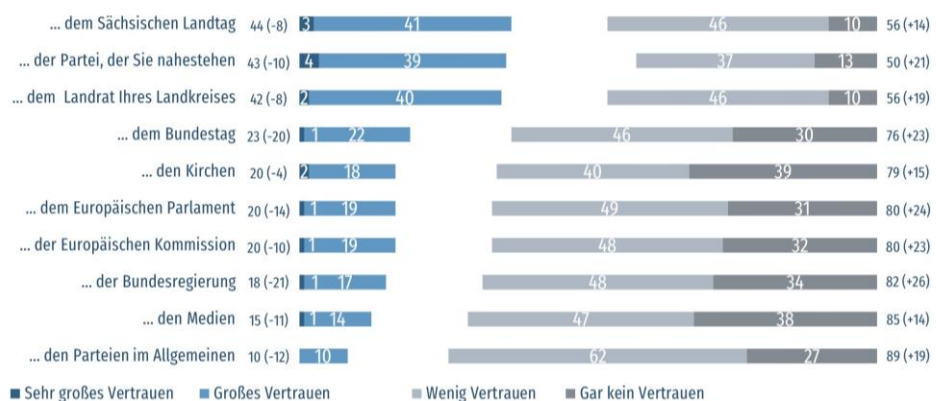


Abbildung 32 – Vertrauen in Einrichtungen und Organisationen II

Ergänzend zu der Abfrage des Vertrauens in die Institutionen oder gesellschaftlichen Gruppen hat der Sachsen-Monitor auch nach der Meinung zu diversen politischen und demokratietheoretischen Aussagen gefragt. Dabei zeigt sich einerseits ein unmissverständliches Bekenntnis zur Demokratie und die Ablehnung von Diktatur, andererseits aber auch eine insgesamt wachsende Zustimmung zu einem „stärkeren“ Staat und einer größeren Berücksichtigung des sogenannten Mehrheitswillens zu Lasten von Minderheiten.

Die Frage, ob im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform sei, beantworten 81 Prozent ablehnend. Eigene Auffassungen mit Gewalt durchzusetzen, kann sich



ebenfalls eine übergroße Mehrheit von 90 Prozent der Befragten nicht vorstellen. Und 88 Prozent stimmen der Aussage zu, dass ein „eine lebensfähige Demokratie... ohne politische Opposition nicht denkbar“ wäre.

Trotz des klaren Bekenntnisses zur Notwendigkeit einer Opposition plädieren immerhin 42 Prozent der Befragten – 6 Prozentpunkte mehr als noch 2021/22 – für eine „einzige starke politische Partei“, die Deutschland jetzt braucht. Darüber hinaus sind 61 Prozent der Befragten – ebenfalls 6 Prozentpunkte mehr als 2021/22 – der Auffassung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf Minderheiten nimmt. Je nach Bildungsniveau variieren hier die Antworten: Sehen von den Hauptschülern 70 Prozent zu viel Rücksichtnahme (Zunahme um 17 Prozent), sind es bei den Hochschulabsolventen 46 Prozent (Zunahme um 10 Prozent).

Schließlich bejahen 56 Prozent der Sachsen (Abnahme –7 Prozent), dass es in diesen Zeiten „unbedingt eine starke Hand“ brauche. Eine übergroße Mehrheit von 85 Prozent ist überdies der Auffassung, dass Verbrechen härter bestraft werden sollen. Auch befürworten 74 Prozent, „härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorzugehen“, um Recht und Ordnung zu bewahren (Zunahme +9 Prozent).

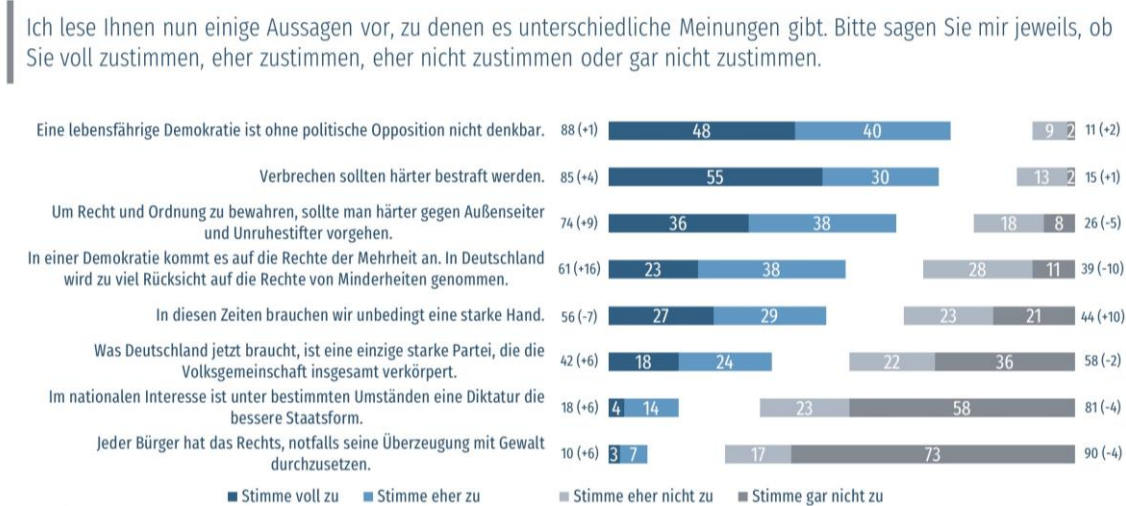


Abbildung 33 – Aussagen zur Demokratie in Deutschland

2.6 Schutz der demokratischen Ordnung / Messung von Ressentiments und Toleranz

2.6.1 Schutz der demokratischen Ordnung

Die Fragen zur Einschätzung der Sachsen zu einer Reihe von Möglichkeiten zum Schutz der Demokratie zeigen, dass die Befragten vor allem auf zivilgesellschaftliches Engagement in unterschiedlichen Institutionen sowie auf Bemühungen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit setzen. Im Einzelnen wird ein Engagement der Bürger in demokratischen Parteien mit 86 Prozent und in Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften mit 78 Prozent als wichtig bzw. sehr wichtig eingeschätzt. Politische Bildungsarbeit wird im Rahmen der Schulen von 86 Prozent, im Rahmen der Erwachsenenbildung von 77 Prozent hervorgehoben.



Den Einsatz des Verfassungsschutzes hält eine Vierfünftel-Mehrheit für wichtig oder sehr wichtig: 80 Prozent plädieren für die Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen. 75 Prozent würden verfassungswidrige Parteien vom Bundesverfassungsgericht verbieten lassen.

Im Kampf gegen extremistische Gruppen halten drei von vier Sachsen Bürgerinitiativen vor Ort (68 Prozent) und zwei von drei Sachsen die Teilnahme an Demonstrationen (58 Prozent) für sinnvoll. Beide Möglichkeiten werden allerdings mit einem Rückgang von 6 bzw. 7 Prozent als nicht mehr so wichtig eingeschätzt wie 2021/22. Wie schon 2021/22 hält jeder Fünfte ein Verbot von Demonstrationen für wichtig oder sogar sehr wichtig. Im Übrigen werden hohe Zustimmungswerte zu allen vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz der Demokratie erreicht.



Abbildung 34 – Schutz der demokratischen Ordnung

2.6.2 Messung von Ressentiments und Toleranz

In einem umfangreichen Komplex wurden erneut Fragen gestellt, die das Ausmaß so genannter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und nationalistischer Einstellungen sichtbar machen sollen. Alle Indikatoren aus dem Sachsen-Monitor 2021/22 wurden übernommen, einschließlich der neuen Items „Juden haben zu viel Macht in der Welt“ in der Kategorie „Antisemitismus“ und „Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben“ in der Kategorie „Nationalismus“.

Der zusätzliche Antisemitismus-Indikator lehnt sich an das Item „Jews have too much control over global affairs“ im globalen Antisemitismus-Index der Anti Defamation League an. Im Jahr 2019 wurde diese Aussage von 15 Prozent der deutschen Befragten als „wahrscheinlich wahr“ eingestuft (siehe <https://global100.adl.org/country/germany/2019>). Das Item wurde im Blick auf Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der Impfdebatte aufgenommen. Das Item „Übertriebung der NS-Verbrechen“ wurde für den Sachsen-Monitor von 2018 noch im Rahmen des Fragenkomplexes „DDR/Deutsche Einheit“ abgefragt.

Generell ist festzustellen, dass die Zustimmungswerte („Stimme voll zu“ und „Stimme eher zu“) bei den meisten Items gegenüber 2021/22 deutlich zugenommen haben; davon ausgenommen sind die Indikatoren für Sexismus, Rassismus und Sozialdarwinismus. Allerdings sagen in der Kategorie „Sinti- und Roma-Feindlichkeit“ 46 Prozent der Befragten, sie hätten „Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“ (+11 Prozentpunkte).



Kleinere Zuwächse von +2 bis +5 Prozentpunkten sind bei den Antisemitismus-Indikatoren zu verzeichnen, etwas deutlicher ist der Zuwachs beim Homophobie-Indikator (+7 Prozentpunkte). In der Kategorie „Antisemitismus“ findet mit 26 Prozent am meisten Zustimmung die Vorstellung, „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“ (+4 Prozentpunkte). Auf die vergleichsweise hohe positive Resonanz von 40 Prozent trifft in der Kategorie „Nationalismus“ das Item „Deutschland sollte bei der Durchsetzung seiner Interessen keine Rücksicht auf andere Länder nehmen“; besonders auffällig ist hier der Zuwachs von +17 Prozentpunkten.

Ebenso auffällig ist das Wachstum der Zustimmungswerte bei Themen, die im weitesten Sinne mit dem Komplex „Immigration und Integration“ zu tun haben (Kategorien „Fremdenfeindlichkeit“, „Etabliertenvorrechte“ und „Ressentiments gegenüber Muslimen“). So finden 64 Prozent der Befragten, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (+14 Prozentpunkte gegenüber 2021/22); 30 Prozent finden, ihre persönliche Wohnumgebung sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (+21 Prozentpunkte – ein Rekordwert). „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind“, finden 43 Prozent (+21 Prozentpunkte). 54 Prozent geben an, sie fühlten sich „durch die vielen Muslime in Deutschland ... manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ (+16 Prozentpunkte). Und 36 Prozent meinen, „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ (+16 Prozentpunkte).

Eine erhebliche Zunahme gegenüber den Befunden von 2021/22 gab es auch bei der Kategorie „Abwertung von Langzeitarbeitslosen“. Dass „die meisten Langzeitarbeitslosen ... sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben“ machten, finden 66 Prozent der Befragten (+15 Prozentpunkte).

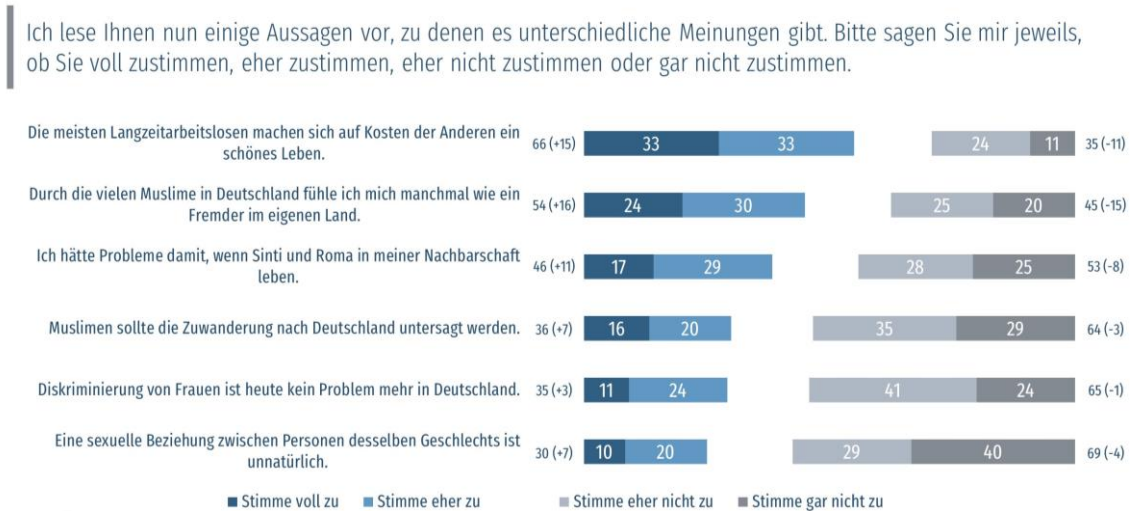


Abbildung 35 – Aussagen zu Minderheiten



Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 36 – Aussagen über Antisemitismus

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen über Deutschland und die Deutschen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 37 – Aussagen über Deutschland

2.7 Mediennutzung und Informationsquellen

2.7.1 Glaubwürdigkeit der Medien

Die Befragten differenzieren nach wie vor sehr stark bei der Glaubwürdigkeit einzelner Mediengattungen. Insgesamt fällt gegenüber dem letzten Sachsen-Monitor dabei auf, dass die Glaubwürdigkeit der Medien insgesamt zurückgeht. So halten nur noch die Hälfte der Befragten Tageszeitungen im Print- und Onlineformat für glaubwürdig, ein Rückgang um über 10 Prozent, ähnliches gilt für Zeitschriften und Magazine und nicht zuletzt auch für die Angebote öffentlich-rechtlicher Sender, die knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) für weniger glaubwürdig halten. Die Angebote privater Sender schneiden noch schlechter ab (61 Prozent „wenig glaubwürdig“). Der Boulevardpresse wird mittlerweile fast einhellig die mangelnde Glaubwürdigkeit attestiert (90 Prozent). Insgesamt gilt dabei: Je pessimistischer der Blick in die Zukunft bei den Befragten ist, desto weniger Glaubwürdigkeit wird den verschiedenen Medienkanälen gezollt.



Die Ansichten zu Social-Media-Angeboten sind von noch größerer Skepsis geprägt: mehr als 75 Prozent halten YouTube, Facebook, Instagram und X (vormals Twitter) für wenig glaubwürdig, lediglich bei der jüngsten Altersgruppe der 18-29-Jährigen ist die Skepsis weniger ausgeprägt. Immerhin halten aber auch bei den jüngeren knapp 70 Prozent die Angebote für „wenig glaubwürdig“. Hier plädieren aber immer noch 69 Prozent für „wenig glaubwürdig“.

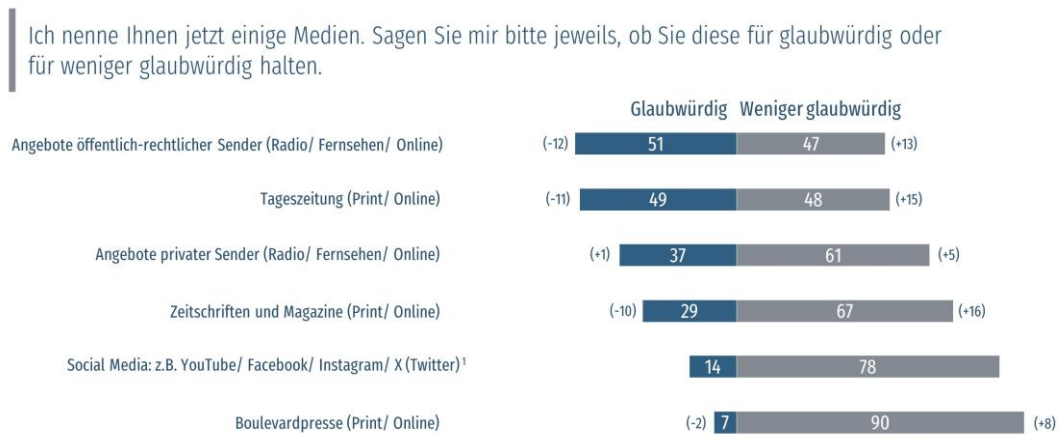


Abbildung 38 – Glaubwürdigkeit der Medien

2.7.2 Informationsquellen

Die Befragten informieren sich eher aus öffentlich-rechtlichen Angeboten des Fernsehens (47 Prozent) und des Radios (28 Prozent), ferner aus Tageszeitungen (27 Prozent) oder auch aus dem privaten Fernsehen (26 Prozent). Das Internet allgemein spielt als Nachrichtenquelle bei der Älteren nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle, auch bei den Jüngeren steht es mit 25 Prozent noch hinter dem Fernsehen (öffentlich-rechtlich sowie privat). Nach wie vor spielen die Sozialen Medien keine Rolle beim hauptsächlichen politischen Informationsbezug. Ausnahme auch hier die Generation der 18-29-Jährigen, von denen ein knappes Viertel ihre Informationen aus Sozialen Medien (YouTube, Facebook, Instagram) beziehen. Angebote der Bundesregierung oder von Parteien spielen bei der Informationsbeschaffung in Sachsen keine Rolle.

Aus welchen Medien beziehen Sie hauptsächlich Ihre Informationen über das politische Geschehen? Bitte nennen Sie Ihre bevorzugten TV-/Radio-Sender, Tages-/Wochenzeitung, Zeitschrift und/ oder Online-Medium/ Online-Portal. Bitte nennen Sie maximal drei konkrete Medien.

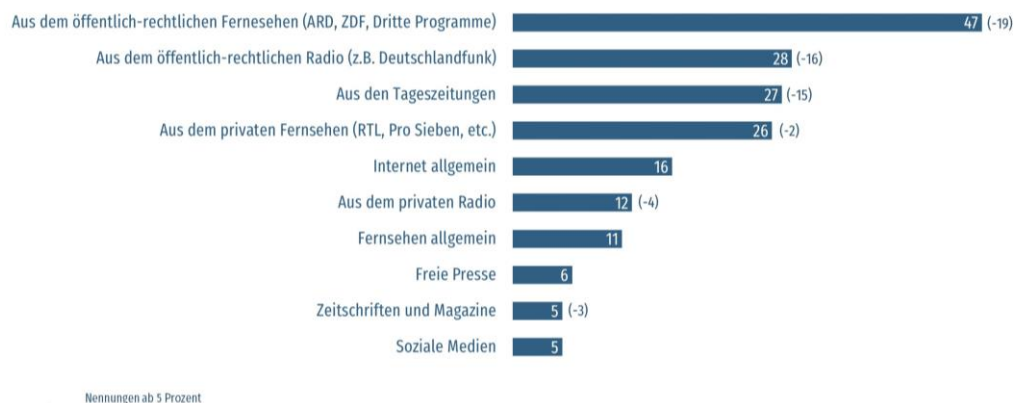


Abbildung 39 – Informationsquellen über das politische Geschehen



2.8 Zusatzteil: Verschwörungstheorien

2.8.1 Aussagen zu Verschwörungstheorien

Die Befragten stimmen mehrheitlich der Aussage (47 Prozent) zu, dass die „Regierung ... der Bevölkerung die Wahrheit verschweigt“. Darüber hinaus sind 35 Prozent teilweise überzeugt, dass diese Aussage stimmt. Lediglich ein knappes Fünftel der Befragten ist gegenteiliger Ansicht, darunter etwas mehr Befragte in Großstädten und etwas mehr jüngere Menschen. Der Blick auf die Parteien ist ebenfalls von Nüchternheit, ja bisweilen harscher Ablehnung geprägt. 40 Prozent der der Befragten stimmen „voll oder eher zu“, dass die regierenden Parteien das Volk „betrügen“, darüber hinaus nochmals 27 Prozent, die diese Sichtweise „teilweise“ teilen. Lediglich ein Drittel stimmt dieser pauschalen Verurteilung „eher oder gar nicht“ zu.

Der verschwörungstheoretischen Fragestellung, dass „Politiker ... nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ seien, stimmen 43 Prozent der Befragten „eher oder voll“ zu, eine ablehnende Haltung vertreten lediglich 32 Prozent. Festzuhalten ist dabei, dass diese Werte sich in allen soziodemografischen Gruppen anteilig widerspiegeln. Ergänzend dazu sind die Antworten auf die Behauptung, dass „geheime Organisationen ... großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“, zu sehen: 36 Prozent der Befragten zeigen sich zustimmend, 41 Prozent ablehnend, der Rest will sich nicht festlegen. Ebenfalls eine relative Mehrheit bejaht die Aussage, dass „Medien und Politik ... unter einer Decke stecken“: 42 Prozent signalisieren hier Zustimmung, nur 27 Prozent Ablehnung.

Ein Drittel der Befragten ist der Auffassung, dass Deutschland mehr einer Diktatur als einer Demokratie gleiche, 47 Prozent weisen dies zurück, ein Fünftel der Befragten bleibt ambivalent. Diejenigen, die pessimistisch in die Zukunft sehen, sind dabei deutlich kritischer (46 Prozent), während die Optimisten den Diktatur-Vorwurf mehrheitlich zurückweisen (55 Prozent). Konsequenterweise sind über die Hälfte der Befragten der Auffassung, dass es Zeit sei, „mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“. Lediglich ein Viertel ist anderer Auffassung!

Ich lese Ihnen nun verschiedene Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



Abbildung 40 – Aussagen zu Verschwörungstheorien



2.9 Zusatzteil: Klimaschutz und gesellschaftlich-sozialer Zusammenhalt

2.9.1 Berücksichtigung der Interessen von Personengruppen beim Klimaschutz

Um die Einstellungen der Sachsen zum Thema Klimaschutz und dessen Kontext zum gesellschaftlich-politischen Zusammenhalt besser ausdifferenzieren zu können, fragte der Sachsen-Monitor, inwieweit bestimmte Gruppen mit ihren jeweiligen Interessen und Standpunkten bei der Diskussion um den Klimaschutz berücksichtigt werden. Die Befragten sind mit großer Mehrheit (74 Prozent) dabei der Auffassung, dass die Interessen der einfachen Arbeitnehmer/innen eher oder viel zu wenig berücksichtigt werden. Spiegelverkehrt sehen 63 Prozent der Befragten die Interessen der Großunternehmer/innen eher oder viel zu sehr berücksichtigt, ebenfalls die Interessen Wohlhabender (61 Prozent eher oder viel zu sehr). Den Mittelstand sehen hingegen 70 Prozent als eher oder viel zu wenig berücksichtigt, noch höher ist der Wert, wenn man nach den Interessen der Menschen in Afrika oder Asien fragt (75 Prozent zu wenig). Ebenfalls eindeutig kritisch gesehen wird, dass die Interessen älterer Menschen keine Berücksichtigung finden (71 Prozent). Mit Blick auf die Jüngeren überwiegt hingegen eine ausgeglichene Gesamthaltung. Am dezidiertesten ist die Meinung der Befragten mit Blick auf arme Menschen: 80 Prozent sind der Auffassung, dass deren Interessen bei der klimapolitischen Diskussion keine Beachtung fänden. Auch bei der Selbsteinschätzung („Leute, wie Sie selbst“) überwiegt die Kritik: 64 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die eigenen Interessen und Standpunkte keine adäquate Beachtung erhalten, 10 Prozentpunkte mehr als beim letzten Sachsen-Monitor.

Inwieweit werden in der öffentlichen Diskussion um Klimaschutz in Deutschland in der Regel die Interessen und Standpunkte der folgenden Personengruppen berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt...?

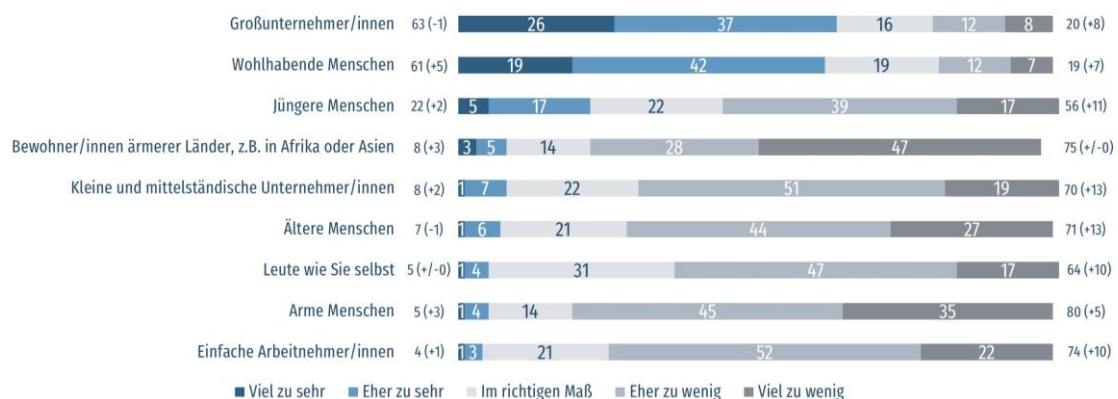


Abbildung 41 – Berücksichtigung von Interessen und Standpunkten beim Klimaschutz

2.9.2 Aktivitäten für den Klimaschutz

Die Frage, was von der Bundesregierung für den Klimaschutz getan wird, wird ähnlich wie bei der letzten Befragung beantwortet: „Zu viel“ meint ein knappes Drittel, während knapp über 50 Prozent gegenteiliger Ansicht sind. Die Werte für die EU-Kommission sind leicht abgeschwächt ähnlich, während sich der Blick bei der eigenen Stadt/Gemeinde etwas aufhellt (43 Prozent „in etwa das richtige Maß“). Die Wirtschaft wird hingegen – mehr noch als die Politik – eindeutig in der Pflicht gesehen (63 Prozent „eher oder viel zu wenig“). Kritisch bleibt auch das Bild auf die Mitmenschen: Knapp die Hälfte ist der Meinung, dass die einzelnen Bürgerinnen und Bürger „eher oder viel zu wenig“ für den Klimaschutz tun, während 41 Prozent „in etwa das richtige Maß“ sehen. Sich selbst belobigen die Befragten: 56 Prozent sehen „in etwa das richtige



Maß“, immerhin 38 Prozent äußern sich selbstkritisch („eher oder viel zu wenig“). Bei den Antworten fallen insgesamt keine signifikanten Unterschiede beispielsweise zwischen den Generationen auf. Anders verhält es sich bei der sozialen Ausdifferenzierung. Je höher die Bildungsabschlüsse, desto kritischer die Aussagen: Engagement für den Klimaschutz ist im akademischen Milieu am weitreichendsten verankert.

Wieviel wird bislang von den folgenden Akteuren für den Klimaschutz getan?

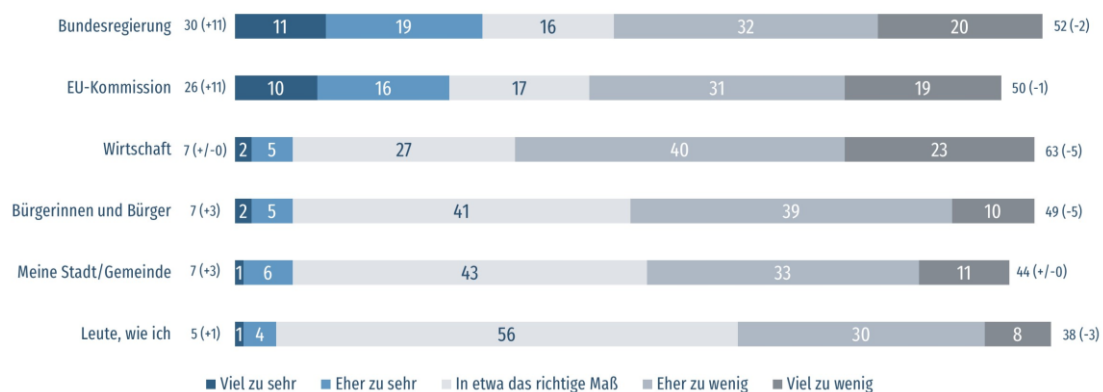


Abbildung 42 – Aktivitäten für den Klimaschutz

3 Fazit

Die Befunde des Sachsen-Monitors 2023 stellen das Meinungsbild des Sommers und Spätsommers (Juli bis September) 2023 dar. Sie sind somit geprägt vom anhaltenden Krieg in der Ukraine sowie vor allem von zunehmender Beunruhigung über Fragestellungen der Zuwanderung. Diese auch deutschlandweit messbaren Faktoren⁴ prägen somit auch erkennbar das Meinungsbild der sächsischen Bevölkerung. Die Verstärkung der von zunehmender Skepsis getragenen Einstellungen und Zukunftserwartungen sind somit auch vor diesem Hintergrund mit einzuordnen. In diesem Zusammenhang sei hinzugefügt, dass die durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel ausgelösten kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten keinen Einfluss auf die Befragung ausübten, die kurz zuvor abgeschlossen worden war.

Der Sachsen-Monitor 2023 lebt vom Vergleich mit der vorangegangenen Befragung, die im Winter 2021/22 durchgeführt worden ist. Im Abstand von anderthalb Jahren lassen sich Kontinuitäten und Veränderungen in der Einstellungswelt der sächsischen Bevölkerung somit besonders gut herausarbeiten.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Grundoptimismus der Befragten, was ihre persönliche Situation und auch die persönliche Zukunft angeht, grundsätzlich erhalten geblieben ist, trotz Abstrichen im Einzelnen. So blicken mehr als 60 Prozent der Befragten optimistisch in die persönliche Zukunft, allerdings nicht mehr so deutlich wie bei der letzten Erhebung. Gleiches gilt bei niedrigeren Werten für die Zukunft Sachsens: Die eigene wirtschaftliche Situation wird von mehr als zwei Dritteln als gut oder sehr gut eingeschätzt. Die wirtschaftliche Situation Sachsens und auch der Region, in der man wohnt, wird hingegen nur noch von knapp über 50 Prozent der Befragten positiv eingeschätzt.

⁴. infratest dimap, DeutschlandTREND, Oktober 2023 (Erhebung September 2023)



Trotz – wenn auch teilweise auf hohem Niveau - zurückgehender Werte bleibt das Grundvertrauen in die Stärke des Freistaats bestehen: Rund zwei Drittel der Befragten bleiben davon überzeugt, dass Sachsen die Herausforderungen der Zukunft meistern wird. Und auch das Grundvertrauen in die Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu gestalten, bleibt stabil auf sehr hohem Niveau. Drei Viertel der Befragten stimmt überdies der Aussage zu, dass sie bei eigener Anstrengung auch Erfolg im Leben haben werden.

Dem Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten und die Möglichkeiten Sachsens entspricht der Stolz auf das seit der Wiedervereinigung Erreichte. Entsprechend eindeutig ist auch der Wunsch, die Erinnerung an die Überwindung des DDR-Unrechtsstaates durch die friedliche Revolution wachzuhalten. Hinzuzufügen ist in diesem Zusammenhang, dass gerade jüngere Menschen im Freistaat mehr Diskussionen und Informationen über dieses Thema einfordern.

Diesem Selbstwertgefühl entspricht auch die Einordnung Sachsens in den Kontext der übrigen, west- wie ostdeutschen Bundesländer. Dass man keinen Vergleich zu scheuen braucht, steht für die Befragten außer Frage. Dennoch fühlt sich eine Mehrheit als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt und für den Aufbau der neuen Bundesländer nicht angemessen gewürdigt. In diesem Kontext sehen sich ein Drittel der Befragten auch den Osteuropäern nähern als den Westdeutschen.

Deutschlands Verfasstheit wird von den Befragten zunehmend kritisch gesehen. Dies gilt für Fragestellungen der Gerechtigkeit wie auch für das Institutionenvertrauen. So sind fast zwei Drittel sind der Auffassung, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht. Auch möchte nur eine knappe Mehrheit der Aussage zustimmen, dass man selbst einen gerechten Anteil erhält. Überhaupt haben sich die Chancen für soziale Durchlässigkeit den Befragten zufolge verschlechtert. Soziale Schichten werden als weniger durchlässig empfunden, die Chancen des Aufstiegs verkleinern sich. Dazu passt eine Verschiebung nach unten bei der subjektiven Schichtzugehörigkeit: Zwar ordnet sich – stark abnehmend zur letzten Befragung – eine Mehrheit der mittleren Mittelschicht zu, aber immerhin 37 Prozent fühlen sich lediglich in der unteren Mittelschicht verortet.

Immerhin steigt mit Blick auf die eigenen Kinder die Zukunftszuversicht: Mehr als zwei Drittel sind davon überzeugt, dass die Chancen des sozialen Aufstiegs für die Nachkommenschaft „sehr gut oder eher gut“ sind. Überhaupt gilt es zu konstatieren, dass bei konkreter Nachfrage, ob man selbst von sozialem Abstieg bedroht ist, die Antworten eher positiv bzw. optimistisch ausfallen: Der Blick auf Gleichheit, Gerechtigkeit und soziale Schichtdisposition bleibt allgemein skeptisch, mit Blick auf sich selbst indes von Zuversicht geprägt. Dies zeigt sich größtenteils im Übrigen auch bei der Bewertung der eigenen Lebensumstände.

Der allgemeine Blick auf die Zukunft ist wenig optimistisch. Gut zwei Drittel der Befragten sind der Auffassung, dass es kommenden Generationen schlechter gehen wird. Die Befragten sind dabei fast einhellig von der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft überzeugt.

Bei der Frage nach den wichtigsten Problemen in Sachsen wird „Asylpolitik, zu viele Ausländer, überfremdung“ genannt, danach folgt mit Abstand der Themenbereich „Bildung, Lehrermangel, Fachkräftemangel, Kindergartenplätze“. Bei der Frage nach den größten Chancen nennen die Befragten – wie schon beim letzten Sachsen-Monitor „neue Industrien ansiedeln, Wirtschaft fördern“, gefolgt von „Arbeitsplätze schaffen“.



Dem abnehmenden Interesse an Politik entspricht dabei die Zunahme denkbar kritischer Einschätzungen des Politikbetriebes, des Institutionenvertrauens und des Funktionierens des demokratischen Systems. Das Gefühl, durch eigenes Engagement wenig oder nichts erreichen zu können, bestimmt das Selbstbild, während den Politikern weit überwiegend das Gemeinwohlinteresse abgesprochen wird, verbunden mit dem Vorwurf – wie beispielsweise beim Klimaschutz – die Interessen der Menschen dabei nicht ausreichend zu berücksichtigen.

Diese aus Sicht der Befragten selbst konstatierte „Einflusslosigkeit“ mag auch damit zusammenhängen, dass es – so ein Ergebnis dieser Befragung - in Deutschland zunehmend zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit kommt. Fast der Hälfte der Befragten ist jedenfalls der Auffassung, dass man in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern kann.

Viele sehnen sich nach direkter Demokratie, es gibt eine erkennbare Sehnsucht nach einer unmittelbaren Umsetzung des sogenannten Volkswillens, was immer das in der praktischen Ausgestaltung bedeuten mag. Dem entspricht ein großes Unwohlsein mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Denn: So eindeutig die Zustimmungswerte zur Demokratie als Regierungsform sind, rund 60 Prozent zeigen sich mit dem Funktionieren nicht zufrieden. Auf den Freistaat bezogen bleiben die Werte dabei besser (49 Prozent „zufrieden“) als auf Deutschland (41 Prozent „zufrieden“) insgesamt bezogen.

Ein entscheidender Indikator für Stabilität und Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems ist das Vertrauen in seine Institutionen. Hier sind die Befunde des Sachsen-Monitors mit Blick auf den Vertrauensverlust in Bundesregierung und Bundestag durchaus dramatisch zu nennen: Es drängt sich der Eindruck auf, dass alles, was aus Berlin (und auch Brüssel) kommt, einem Generalverdikt der sächsischen Bevölkerung unterliegt. In diesem Zusammenhang sei hervorzuheben, dass bei zunehmender Nähe der Institutionen zum lokalen Umfeld der Befragten die Werte besser sind. Dies erklärt aber hier nicht den nochmaligen massiven Vertrauensverlust gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag seit der letzten Befragung.

Diesem Vertrauensentzug gegenüber zwei Verfassungsorganen entspricht eine verstärkte Sehnsucht nach dem „starken Staat“, mehr Volksabstimmungen und überhaupt mehr direkter Demokratie. Die gewünschte „starke Hand“ ist dabei vor allem auch gewünscht, um „Verbrecher, Außenseiter und Unruhestifter“ härter zu bestrafen. Offenbar gehen die Befragten von einer starken Divergenz von Rechtspraxis und Rechtsempfinden aus.

Bei Ressentiments und sogenannter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind deutliche Zuwächse festzuhalten, die vor allem im Kontext der Aussage stehen, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer ... überfremdet“ ist. Auf die kontextuelle Einordnung dieser Einstellung ist hier bereits einleitend verwiesen worden. Auffällig bei den Ressentimentindikatoren ist die Variabilität der Zustimmungszunahmen im Vergleichszeitraum von faktisch nicht messbar (Rassismus) bis zur deutlichen Zunahme (Ressentiment gegen Muslime).




Den Medien wird von etablierten, öffentlich-rechtlichen Formaten bis zu Social-Media-Angeboten weiter weniger Vertrauen entgegengebracht, auch weil sie mit der Politik „unter einer Decke stecken“. Gleichzeitig gewinnen verschwörungstheoretische Erklärungsansätze Bedeutung: So ist beispielsweise die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Regierung der Bevölkerung die Wahrheit verschweigt. Mehr noch: Mit relativer Mehrheit werden Politiker als „Marionetten“ dahinterstehender Mächte gesehen, „geheimen Organisationen“ großen Einfluss auf Politikgestaltung unterstellt.



Die Antworten für den Sachsen-Monitor fügen sich zu einem Gesamtbild einer Gesellschaft unter Stress, die trotz des noch von Optimismus getragenen Selbstbildes des Einzelnen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Funktionieren des politischen Systems in Deutschland zunehmend besorgt betrachtet.

4 Methodenbericht

Der vorliegende Bericht beschreibt das methodische Vorgehen, das Stichprobenverfahren, die zentralen Feldergebnisse der Studie sowie die Gewichtung der Daten.

-  Stichprobenziehung
-  Feldarbeit und Interviewereinsatz
-  Datenprüfung, Gewichtung, Tabellierung

4.1 Stichprobenziehung

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es kein zentrales und allgemein zugängliches Verzeichnis aller Personen oder Haushalte. Die Möglichkeit, aus den Registern der Einwohnermeldeämter Stichproben von Bürgern ziehen zu lassen, besteht nur für wenige wissenschaftliche Studien im öffentlichen Interesse. Hierbei handelt es sich um Studien, die wichtige Zahlen und Zusammenhänge liefern, damit Entscheidungen in der Politik und für die Gesellschaft getroffen werden können. Es handelt sich dabei um Informationen, die nicht in den Statistiken der Statistischen Ämtern enthalten sind. Zudem sind diese Studien sehr aufwändig und benötigen eine lange Vorlaufzeit und Planung.

Aus diesem Grund wird zur raschen Beantwortung drängender tagesaktueller Fragen ein anderes Stichprobenverfahren eingesetzt. Ein Verfahren, welches schnell und günstig und für alle Themen geeignet ist. Ziel dieses Verfahrens ist es, eine Bevölkerungsbefragung als Abbild der Gesamtbevölkerung zu liefern. Für das Gelingen dieses Ziels müssen Bedingungen erfüllt sein. Damit die Bevölkerungsbefragung auf die Gesamtbevölkerung hochrechenbar ist muss sie einer Zufallsauswahl entstammen und repräsentativ sein. Repräsentativität wird hier interpretiert als die Eigenschaft, dass die Zusammensetzung der Stichprobe in wichtigen Merkmalen denen der Grundgesamtheit entspricht. Es dürfen hier keinerlei systematische Verzerrungen existieren, die größer als der Zufallsfehler sind. Dass es Abweichungen in Form eines Zufallsfehlers gibt, ist eine Eigenschaft von Zufallsstichproben und -prozessen. Bei einer Zufallsstichprobe hat jede Einheit auf jeder Auswahlstufe eine Auswahlchance größer als Null. Solche Stichproben sind Grundbedingung für die Schlussfolgerung von Stichprobenergebnissen auf die Grundgesamtheit.

Das statistische Verfahren, welches auf einer sogenannten Flächenstichprobe beruht und sich Schritt für Schritt den Befragungspersonen nähert, wurde erstmals in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Bundesrepublik Deutschland angewandt und seitdem kontinuierlich verbessert und neuen Gegebenheiten angepasst.



4.1.1 Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit der Untersuchung umfasst alle während des Befragungszeitraumes in Privathaushalten lebenden Personen ab 18 Jahren. Untersuchungsgebiet ist der Freistaat Sachsen.

4.1.2 Auswahlverfahren

Die Auswahl der Befragungspersonen erfolgte durch eine mehrfach geschichtete, mehrstufige Zufallsstichprobe. Stufung deswegen, weil es wie oben erwähnt, kein Register aller Befragungspersonen gibt und das methodische Verfahren ist, sich Schritt für Schritt den unbekannteten Zielpersonen zu nähern. Schichtung ist deswegen notwendig, weil es die mathematische Methode ist, durch Bildung von sogenannten homogenen Schichten zu einem Präzisionsgewinn für die errechneten Werte zu kommen.

4.1.3 Schichtung

Sämtliche Gemeinden des Untersuchungsgebietes wurden nach regionalen Kriterien in Schichten eingeteilt. Jede Gemeinde gehörte zu genau einer Schicht, keine Gemeinde gehörte zu keiner Schicht. Ziel einer Schichtung ist eine Verringerung der Streuung eines aus der Stichprobe geschätzten Wertes.

4.1.4 Schichtungsmerkmale

Als Schichtungsmerkmale dienen zwei räumliche Merkmale. Das sind zum einen die administrativen Einheiten der Landkreise und kreisfreien Städte, welche den Freistaat Sachsen in seiner Gesamtheit abbilden. Zum anderen werden die BIK-Regionen als eine geographische Einteilung verwendet, die ein besseres Stadt-Land-Kriterium darstellt als die reinen politischen Gemeindengrößenklassen - diese Regionen bilden in zehn Merkmalsausprägungen die Stadt-Umland-Beziehungen auf Gemeindeebene für Ballungsräume, Stadtregionen, Mittel- und Unterzentren ab. Die Schichten sind so gebildet, dass sie homogen bzgl. der Landkreise und kreisfreien Städte wie auch ihres Verstärkerungsgrades sind.

-  10 Landkreise und 3 kreisfreie Städte
-  BIK-Gemeindetypen¹

Gemeindetyp (entsprechend der BIK-Regionen)

- 0 = 500.000 und mehr Einwohner (Strukturtyp 1)
- 1 = 500.000 und mehr Einwohner (Strukturtyp 2,3,4)
- 2 = 100.000 bis unter 500.000 Einwohner (Strukturtyp 1)
- 3 = 100.000 bis unter 500.000 Einwohner (Strukturtyp 2,3,4)
- 4 = 50.000 bis unter 100.000 Einwohner (Strukturtyp 1)
- 5 = 50.000 bis unter 100.000 Einwohner (Strukturtyp 2,3,4)
- 6 = 20.000 bis unter 50.000 Einwohner
- 7 = 5.000 bis unter 20.000 Einwohner
- 8 = 2.000 bis unter 5.000 Einwohner
- 9 = unter 2.000 Einwohner



- Strukturtyp 1 Kernbereich der BIK-Region
- Strukturtyp 2 Verdichtungsbereich der BIK-Region
- Strukturtyp 3 Übergangsbereich der BIK-Region
- Strukturtyp 4 Peripherer Bereich

4.1.5 Aufteilung auf die Schichten

Die Aufteilung der Auswahleinheiten der ersten Auswahlstufe (Sample-Points) erfolgte proportional zur Zahl der Haushalte in den Schichten (Zellen). Die einzelnen Schichtungsmerkmale bilden die Haushaltsverteilungen der entsprechenden Randkategorien aller Kreise x BIK-Gemeindetypen ab. Die Größenordnung bezieht sich auf die Einwohnerzahl der betreffenden BIK-Region. Bei Gemeinden außerhalb dieser Regionen erfolgt die Zuordnung entsprechend der politischen Gemeindegrößenklasse.

Die Schichtung erfolgte also über 13 Landkreise und kreisfreien Städte x BIK-Region, aus dieser wurden die Sample-Points proportional ihrer relativen Größe gezogen.

4.1.6 Auswahlstufen

Für die Auswahlverfahren auf jeder Stufe ist es wichtig, dass es sich jeweils um Zufallsauswahlen handelt, jenes ist einfach zu bewerkstelligen, wenn es sich um Auswahlen per (Zufalls-) Programm handelt, schwieriger, wenn Menschen beteiligt sind. Hier werden klare zweifelsfreie Vorschriften benötigt, die ausschließen, dass jemand befragt wird, weil er „zufällig“ vor Ort ist und Zeit und Lust dazu hat. Das ist zwar die vielleicht umgangssprachliche Verwendung des Begriffes Zufall, nicht aber die im mathematisch/statistischen Sinne.

Für die erste Auswahlstufe wurde der Freistaat Sachsen in rund 2800 Flächen aufgeteilt anhand der kommunalen, statistischen Bezirke und unter Zuhilfenahme eines geografischen Informationssystems (GIS) zur Straßeneinteilung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Flächen oder Sample-Points bildeten die Auswahleinheiten der ersten Auswahlstufe.

Mit Wahrscheinlichkeiten proportional zur Zahl der Haushalte in den Sample Points wurde nun in jeder Zelle die erforderliche Anzahl von insgesamt 280 Sample-Points gezogen. Jedem dieser Samplepoints wurde ein darin liegender Start-Haushalt zugeordnet. Diese Start-Adressen wurden aus frei zugänglichen Telefonverzeichnissen ermittelt und sind keine Befragungshaushalte. Der Vorteil von „echten“ Adressen im Gegensatz zu reinen Koordinaten liegt zum einen darin, dass diese dort liegen, wo Haushalte und Personen anzutreffen sind und nicht in unbebauten Gebieten oder reinen Gewerbegebieten, zum anderen darin, dass im Falle von Mehrfamilienhäusern auch hier ein eindeutiger und zufällig bestimmter Haushalt als Startpunkt vorgegeben werden kann.

In der zweiten Auswahlstufe wurden durch Zufallsauswahl die für die Stichprobe pro Sample-Point neun benötigten Haushaltsadressen erhoben. Dieses erfolgte nach einer, den Interviewern vertrauter, immer gleicher Begehungsvorschrift, die die Ermittlung der Haushalte festlegte. Darin geregelt ist das Intervall, also der wievielte Haushalt jeweils in die Stichprobe fällt. Ebenso festgelegt war die Richtung und Auswahl des Begehungsweges, also wann wie abzubiegen war, wann umzukehren war, wann die Straßenseite zu wechseln war, wie die Auswahlreihenfolge in Mehrfamilienhäusern zu erfolgen hatte. Wichtig hierbei ist nicht, dass diese Begehungsvorschrift genau so ist, wie sie formuliert ist, sondern, dass sie zum einen für alle



Eventualitäten eine Regel bereithält, also allgemein anwendbar ist und so dem Interviewer keinen Spielraum bei der Auswahl lässt. Nur so ist die Zufallsauswahl auch in dieser Stufe gewährleistet.

In diesen vorgegebenen Befragungshaushalten ermittelten die Interviewer in der dritten Auswahlstufe die zu befragende Zielperson. Dieses erfolgt über den sogenannten Schwedenschlüssel, ein systematischer Auswahlsschlüssel, der allen zum Haushalt gehörenden Personen ab 18 Jahren die gleiche Chance gewährleistet ausgewählt zu werden. Hierbei wird zuerst ermittelt, wieviel Personen ab 18 Jahren in dem ausgewählten Haushalt wohnen, dann wird die Person ermittelt, die zuletzt Geburtstag hatte. So ist die Zielperson eindeutig festgelegt. Jeder subjektive Einfluss der Interviewer auf die Auswahl der Befragungspersonen war damit ausgeschlossen.

Ziele des RandomWalks nach Bauer

Die Befragung von Personen in Privathaushalten nach einer festen Begehungsvorschrift ist eine Methode um Adressen zufällig auszuwählen. Nur wenn die Adressen wirklich zufällig ausgewählt werden, können statistische Auswertungsverfahren angewandt werden.

Es handelt sich in der vorliegenden Studie um ein Random-Route Verfahren ohne Adressvorlauf: In der gleichen Stufe, in der die Adressen erhoben werden, wird auch die Befragung durchgeführt.

Elemente und Vorgehen

Startadresse – die Startadresse und die GPS-Koordinaten für die Startadresse wurden den Interviewerinnen und Interviewern vorgegeben um genau die Adresse auffinden zu können, ab der mit der Zählung/ Befragung und dem Begehungsweg begonnen werden musste.

Richtungsmatrix – eine Tabelle, aus der hervorgeht, welche Richtung jeweils an einer Abzweigung/Kreuzung zu nehmen ist.

Auswahlintervall – die Anzahl der Adressen, die auf dem Begehungsweg übersprungen werden müssen. Das Auswahlintervall bei dieser Studie lag bei 5.

Anzahl Interviews – Die Zahl der Interviews/ Adressen, die Sie pro Startadresse/ Samplepoint durchgeführt werden sollten, betrug 9.



4.2 Feldarbeit und Interviewereinsatz

4.2.1 Rahmenbedingungen der Feldarbeit

Für die Befragungen in Sachsen kamen insgesamt 117 Personen zum Einsatz:

Geschlecht

Name	Anzahl
männlich	40
weiblich	77
	117

Schulbildung

Name	Anzahl
Hauptschulabschluss, Volksschulabschluss	8
Realschulabschluss, mittlere Reife, 10.Kl. polytech. Oberschule	41
Fachhochschulreife	9
Abitur	59
	117

Erwerbsstatus

Name	Anzahl
erwerbstätig Vollzeit - abhängig	14
erwerbstätig Teilzeit - abhängig	21
geringfügige Erwerbstätigkeit, Minijob	4
erwerbstätig, selbständig	29
arbeitslos	7
Schüler	1
in beruflicher Ausbildung, Lehre, Student	6
Hausfrau / Hausmann	7
Elternzeit, Mutterschutz	2
Rentner, Pensionär	26
	117



Neben einem Laptop für die persönliche CAPI-Befragung, inkl. Fragebogen, Begehungsvorschriften mit Adresslisten und Startadresse, standen den Interviewer/innen sog. Listenhefte zur Verfügung, welche den Befragten bei den jeweiligen Fragen vorgelegt werden mussten.

Am Ende des Interviews wurde die Bereitschaft zur Teilnahme an Tiefeninterviews oder Gruppendiskussionen (online) abgefragt. Zu diesem würden die Teilnehmer separat eingeladen werden, weshalb bei Teilnahmebereitschaft eine Telefonnummer erhoben wurde.

Ein studienspezifisches Datenschutzblatt sowie ein offizielles Anschreiben konnten auf Verlangen vorgelegt werden. Auch wurden Internetseiten über Ziele und Zweck der Befragung sowie FAQs öffentlich gemacht. Hier befanden sich ebenfalls Links zu den Ergebnissen vorangegangener Sachsen-Monitore sowie eine Hotline-Nummer zum telefonischen Kontakt bei Rückfragen und Rückversicherungen.

4.2.2 Qualitätssicherung und Interviewerkontrolle

Zum Teil werden erhobene Daten bei der Erfassung geprüft: Feldwertlisten (Wörterbuch), Muss/Kann – Felder, Werte-/ Größen-/ und Datumsbereiche oder auch Single-/ Multiple-Choice werden nach einem Regelwert direkt erledigt.

Nach der Erfassung werden die Datensätze standardmäßig nach Eingabe-Mustern, Speedern etc. hin überprüft.

Bei allen F2F-Projekten wird standardmäßig ein Anteil von zehn Prozent aller Interviews überprüft. Wie bei der Gesamtstudie wird auch bei den Kontrollen eine Zufallsstichprobe gezogen, die mindestens zehn Prozent der durchgeführten Interviews umfasst. Die Befragten werden erneut kontaktiert und gebeten, einige Fragen über das Interview zu beantworten. Die beim Interview eingeholte Einwilligung umfasst ausdrücklich auch diese erneute Kontaktaufnahme.

4.3 Datenprüfung, Gewichtung, Tabellierung

Zufallsbasierte Stichproben oder Zufallsauswahlen haben den Vorteil, dass Ergebnisse der Wahrscheinlichkeitstheorie Anwendung finden und statistische Schlüsse auf die Grundgesamtheit gezogen werden können. Die Zufallsauswahl ist dadurch gekennzeichnet, dass jedes Element die identische Chance aufweist, ausgewählt zu werden - wir sprechen in diesem Fall von Repräsentativität. Die Gewichtung so gewonnener Umfragedaten stellt einen multiplikativen Faktor (kleiner, größer oder gleich 1) dar, der die relative Bedeutung der Erhebungseinheiten in Bezug auf die Schätzung verbessern hilft.



In der vorliegenden Studie wurden mehrere Anpassungsgewichte zur Kompensierung möglicher Verzerrungen infolge von Antwortausfällen auf Zielpersonenebene miteinbezogen. Für die Randverteilungen wurden Bevölkerungsfortschreibungen des Statistischen Landesamts Sachsen sowie Verteilungen lt. Microzensus 2020 verwendet:

- Anzahl Personen ab 18 im Haushalt
- Kombination aus Alter x Geschlecht
- (Schul-)Bildung
- Erwerbstätigkeit

Da in die Ziehung der Stichprobe eine Schichtung nach Landkreis/ kreisfreie Städte x BIK-Region einging, konnte auf eine zusätzliche Gewichtung nach diesen regionalen Merkmalen verzichtet werden.

Bei der Personengewichtung erhält jede befragte Person einen Gewichtungsfaktor, sodass die gewichtete Menge aller befragten Personen im Hinblick auf ihre demographischen Merkmale die Verteilung in der Bevölkerung maximal gut widerspiegelt.

Für die Auswertung der Fragen wurde eine umfangreiche Tabellierung vorgenommen.

Jede Frage wurde in Kreuztabellen mit jeweils 14 Untergruppen (verteilt auf 2 Seiten) dargestellt. Merkmalsausprägungen mit sehr geringen Fallzahlen wurden dabei nicht berücksichtigt.

